



TÄTIGKEITSBERICHT 1997 – 2017

FORSCHUNGSINSTITUT FÜR BANKWESEN

Johannes Kepler Universität Linz

Altenbergerstraße 69
4040 Linz, Österreich
T +43 732 2468 3298
F +43 732 2468 3297
elisabeth.dreer@jku.at
www.jku.at/fbw

o. Univ.-Prof. Dr. Helmut Pernsteiner
(Institutsvorstand und Leitung der Lehrgänge für
Finanzmanagement und real estate finance)

Dr. Elisabeth Dreer, MSc.
(Senior Scientist)

em.Univ.-Prof. Dr. Günther Pöll
(Leitung des Lehrgangs real estate finance)

a. Univ.-Prof. Dr. Renè Andeßner
(Leitung der Lehrgänge für Finanzmanagement)

em.o.Univ. Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Friedrich Schneider
(Emeriti)

INHALTSVERZEICHNIS

1	DAS FORSCHUNGSINSTITUT FÜR BANKWESEN.....	4
2	STUDIEN, FORSCHUNGSPROJEKTE 2017	5
2.1	Grundeinkommen in Österreich	5
2.2	Wien, Wien, nur du allein? Was kostet Wien den Bundesländern?	11
2.3	Was spricht für eine Innovationsagentur der Außenwirtschaft Austria? Abschätzung der volkswirtschaftlichen Wertschöpfungs- und Hebelwirkungen	16
2.4	Nachhaltigkeitsberichterstattung von KMUs in Österreich. Länderstudie Österreich	20
2.5	Sustainability Reporting for SMEs: Country Case Study Austria	24
3	BÜCHER / MONOGRAFIEN.....	26
3.1	Verstärkte Investitionen in frühkindliche Bildung: Kosten und Nutzen für Oberösterreich	26
3.2	Geldwäsche: Formen, Akteure, Größenordnung – und warum die Politik machtlos ist	27
3.3	Weiterbildung in Oberösterreich im Rahmen der AK OÖ-Bildungsoffensive	28
3.4	Die Zahlungsbereitschaft der Mitglieder für die Arbeiterkammer Oberösterreich	29
3.5	Eine volkswirtschaftliche Analyse des Nutzens und der Kosten der Arbeiterkammer OÖ	30
3.6	Weiterbildung als Erfolgsgarant - Vom Nutzen der Zusatzqualifikation	31
3.7	Das österreichische industrielle Entlohnungssystem im internationalen Vergleich	32

4	VERÖFFENTLICHTE ARTIKEL IN BÜCHERN UND ZEITSCHRIFTEN.....	33
5	STUDIEN UND FORSCHUNGSPROJEKTE	34
6	BETREUUNG VON WISSENSCHAFTLICHEN ARBEITEN	53
7	KOOPERATIONEN.....	55
7.1	Wissenschaftspreis der Raiffeisenlandesbank OÖ	55
7.2	Karl Leitl-Partnerschaftspreis	56
8	UNIVERSITÄTSLEHRGÄNGE AM FORSCHUNGSINSTITUT FÜR BANKWESEN.....	57
8.1	Kurzinformation: Universitätslehrgang „Aufbaustudium Finanzmanagement“	57
8.2	Kurzinformation Universitätslehrgang „real estate finance“	59
8.3	AbsolventInnen der Universitätslehrgänge	61
9	AUFTRAGGEBER	62

1 Das Forschungsinstitut für Bankwesen

Das Forschungsinstitut für Bankwesen wurde mit der Übergabe des „Bankengebäudes“ an die Johannes Kepler Universität (JKU) durch die ehem. Creditanstalt (CA) und die Raiffeisenlandesbank OÖ (RLBOÖ) am 15. Oktober 1997 gegründet. Im Jahr **2017 konnte das 20-jährige Bestehen** gefeiert werden.

Das Forschungsinstitut für Bankwesen ist ein Drittmittelinstitut der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Dem Institut ist nur eine wissenschaftliche Stelle direkt zugeordnet, die zur Hälfte über einen Senior Scientist an die Universität angebunden ist. Der Institutsvorstand (o.Univ.-Prof. Dr. Helmut Pernsteiner) und alle weiteren Institutsmitglieder (em.Univ.-Prof. Dr. Günther Pöll und em.Univ.-Prof. Dr. Friedrich Schneider) sind dem Forschungsinstitut zugeordnete Professoren. Zwei teilzeitbeschäftigte Institutsreferentinnen sind bei der RLBOÖ angestellt.

Bis Ende 2017 wurden 61 Studien und Forschungsprojekte durchgeführt, sowie 7 Monografien und 8 Artikel in Zeitschriften / Journals veröffentlicht.

Zum zweiten Mal wurde 2016 der von der Familie Leitl gestiftete **Karl Leitl-Preis** vom Forschungsinstitut für Bankwesen organisiert. Die Ausschreibung erfolgt in einem 2-jährigen Intervall an der JKU und an den Fachhochschulen in Oberösterreich. 19 wissenschaftliche Arbeiten wurden 2016 zum Generalthema „Partnerschaft in der Wirtschaft“ eingereicht. Die Preisverleihung fand am 26. Jänner 2017 statt.

Der **Wissenschaftspreis der Raiffeisenlandesbank OÖ** wurde 2017 bereits zum 14. Mal zu „bank-, geld- oder kreditspezifischen Themen“ vom Forschungsinstitut für Bankwesen ausgeschrieben. Insgesamt wurden 19 wissenschaftliche Arbeiten eingereicht, von denen 5 Arbeiten prämiert wurden. Die Preisvergabe fand am 29. November 2017 im Raiffeisensaal in der RLB OÖ statt.

Am Forschungsinstitut werden zwei unterschiedliche Universitätslehrgänge organisiert. Derzeit laufen ein **Universitätslehrgang für Finanzmanagement** und ein **Universitätslehrgang für real estate finance**.

2 Studien, Forschungsprojekte 2017

2.1 Grundeinkommen in Österreich

Studie im Auftrag des Instituts Wirtschaftsstandort Oberösterreich, IWS

Mindesteinkommen ist der Überbegriff für Geldleistungen des Gemeinwesens an Personen, die

- (a) als (bedingungsloses) Grund- bzw. Mindesteinkommen (BGE, Unconditional Basic Income = UBI) oder
- (b) als Grund- bzw. Mindestsicherung

gezahlt werden.

Die **Grund- oder Mindestsicherung** dient der Armutsvermeidung und kann in Form eines garantierten Mindesteinkommens oder einer Lohnsubvention ausgestaltet sein (vgl. Tabelle 1). Es handelt sich um ein Mindesteinkommen, das erst nach einer sozialadministrativen Bedürftigkeitsprüfung gewährt wird. In der Regel werden Einkommen und Vermögen der Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft (= Haushalt) geprüft. Darüber hinaus besteht für Erwerbsfähige in der Regel eine Verpflichtung zur Arbeit. Der Unterschied zum Grundeinkommen liegt in der „Bedingungslosigkeit“ des Grundeinkommens, das unabhängig von Arbeitsleistungen oder sonstigen Pflichten gewährt wird.

Tabelle 1: Unterschiede zwischen Grundsicherung und Grundeinkommen

Grundsicherung / Mindestsicherung (social allowance, basic security provisions)	Varianten der Grundsicherung		Grundeinkommen (unconditional basic income)
	Garantiertes Mindesteinkommen	Lohnsubvention	
Ziel: Armutsvermeidung	Ziel: Armutsvermeidung	Beschäftigungspolitische Zielsetzung zur Armutsvermeidung für einen engen Adressatenkreis	Ziel: Bedingungslose Existenzsicherung
Gekennzeichnet durch Bedarfsorientierung und das Prinzip der Gegenleistung gekennzeichnet (Nachweis der Arbeitsbereitschaft)	Garantie eines Existenzminimums (Mindesteinkommen); 'pauschalierter, vorleistungsunabhängiger, direkter, marktfähiger, staatlicher Transfer', der 'mindestens die physische Existenz sichert und auf den jeder im Inland Anspruch hat.' (Kaltenborn 1995, S.11)	Niedriglöhne unterhalb des Existenzminimums werden vom Staat in verschiedenen Formen (Steuerkredit, Beihilfen) aufgestockt	Spezialform eines garantierten Mindesteinkommens mit dem wesentlichen Charakteristikum der "Bedingungslosigkeit" (d.h. ohne Gegenleistung)
Österreich: Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) hat die Sozialhilfe in allen Bundesländern ersetzt.	Österreich: Mindestlöhne werden im Rahmen der Kollektivverträge auf Sozialpartner-Ebene verhandelt.	Österreich: Eingliederungsbeihilfen vom AMS Deutschland: Kombi-Lohn USA: Earned Income Tax Credit (EITC)	

Quelle: Peukert, A., Cui bono? Zwei Grundmodelle im Vergleich: Solidarisches Bürgergeld vs. Grünes Grundeinkommen, Magisterarbeit, Universität Tübingen, 2008, Eigene Darstellung.

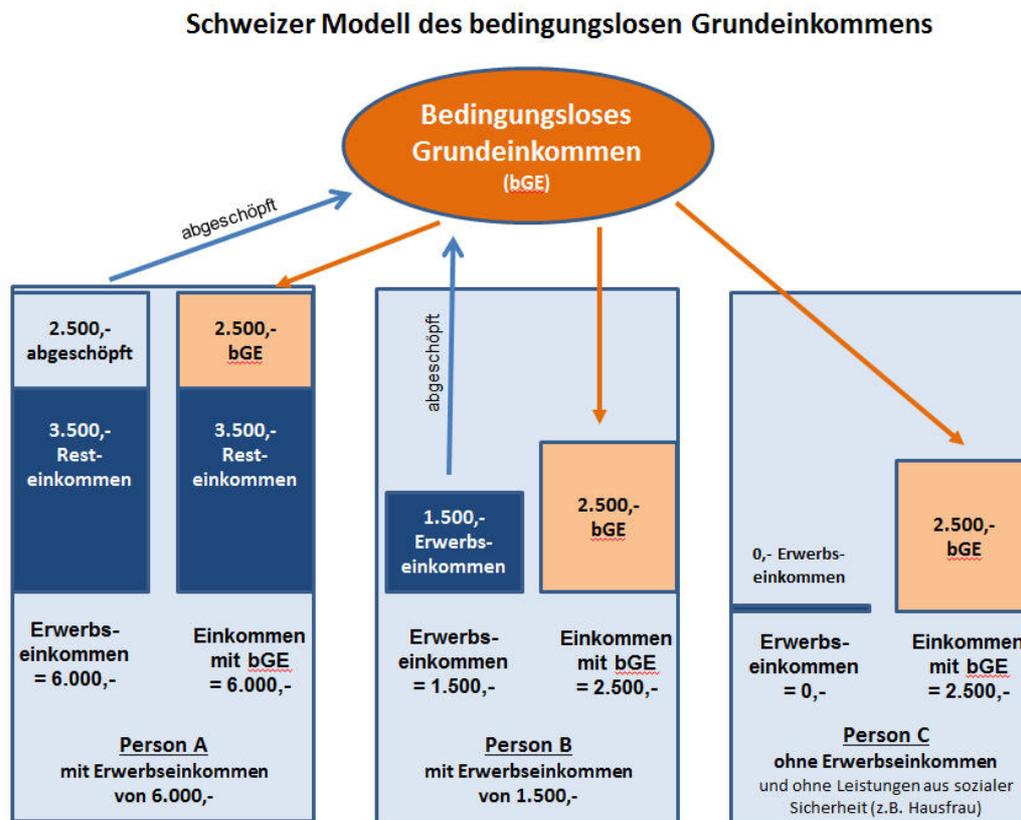
Ein Grundeinkommen ist somit ein monetärer Transfer, dessen Höhe die Existenz des Individuums absichert und seine Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht. Die Auszahlung erfolgt ohne Bedürftigkeitsprüfung (sozialadministrative Prüfung von Einkommen und Vermögen) und ohne Zwang zur Erwerbsarbeit oder anderen Gegenleistungen.

Bereits in den 1920er Jahren wurden im Nachkriegsengland sowie in den 1960er und 1970er Jahren in Nordamerika ernsthafte öffentliche Debatten über das Grundeinkommen geführt. Einige kleine Feldversuche gab es schon, etwa in Kanada und Namibia. Diese waren lokal begrenzt und wurden nie flächendeckend umgesetzt. Derzeit ist das Thema wieder „in Mode“ gekommen. Die Abstimmung in der Schweiz 2016 (zum Schweizer Modell des bedingungslosen Grundeinkommens siehe Abbildung 1) brachte zwar eine Ablehnung der Forderung, jedoch geht die Diskussion auch in anderen Ländern weiter. Feldversuche in den Niederlanden und in Finnland sollen Aufschlüsse über die Auswirkungen eines bedingungslosen Einkommens auf die Wirtschaft und die Gesellschaft geben. In Österreich startete 2017 eine Privatinitiative¹ eine Unterschriftenaktion für ein Volksbegehren zum Thema.²

¹ Generation Grundeinkommen – Verein für ein bedingungsloses Grundeinkommen, gegründet am 19. Jänner 2017, <http://fuereinander.jetzt/>.

² Volksbegehren soll Grundeinkommen bringen, Der Standard, 19. 01. 2017, <http://derstandard.at/2000051186677/Initiative-fuer-Volksbegehren-fuer-Grundeinkommen-gestartet>.

Abbildung 1: Einkommen von Einzelpersonen mit BGE



Quelle: Bedingungsloses Grundeinkommen: Kosten und Finanzierung, 11.03.2016, Eidgenössisches Departement des Inneren EDI, Bundesamt für Sozialversicherungen. Eigene Darstellung.

In **Österreich** würde ein adaptiertes „Schweizer-Modell“ (wie in Abbildung 1 dargestellt) Kosten von 27 Mrd. Euro nach sich ziehen (vgl. auch Kapitel 10.3).³ Die Einkommensteuer wird bei diesen Berechnungen als Flat Tax mit einem Steuersatz von 45 % veranschlagt.

Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Kaufkraft und der unterschiedlichen Medianeinkommen, würde für Österreich ein Grundeinkommen von 1.362 Euro für Erwachsene und 340 Euro für Kinder ausbezahlt werden können. Das entspräche auch dem von der Gewerkschaft geforderten Mindestlohn von 1.700 Euro (brutto) pro Monat (1.311 Euro netto). Bei geringerem Einkommen, wird der Betrag bis zum Grundeinkommen aufgestockt, andere Sozialleistungen (Familienbeihilfe, Arbeitslosengeld, etc.) entfallen. Im Gegensatz zur Mindestsicherung gibt es keine Verpflichtung zur Arbeitsaufnahme. Der

³ Grundeinkommen würde Österreich 27 Milliarden Euro kosten, Tiroler Tageszeitung vom 04.06.2016.

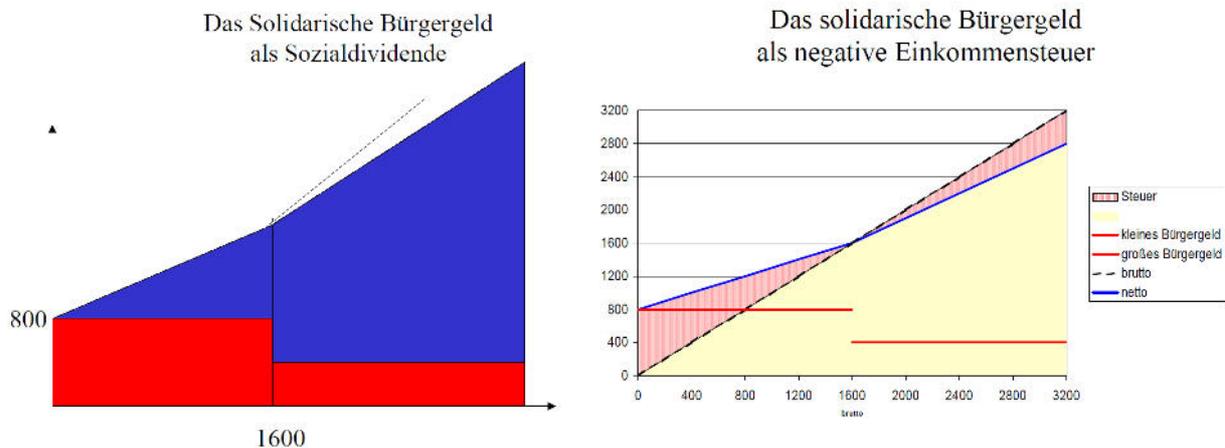
entscheidende Unterschied zu allen anderen Grundeinkommensmodellen liegt jedoch in der Auszahlung auf Haushaltsbasis, d.h. das Grundeinkommen soll nicht pro Kopf, sondern unter Berücksichtigung der Haushaltsstruktur ausbezahlt werden (Nettoäquivalenzeinkommen).⁴

Die öffentliche Diskussion beim Thema Grundeinkommen wird aktuell im Spannungsfeld zwischen „Sozialromantik“ und „Weg der Zukunft“ diskutiert⁵. Die Frage, wie die Gesellschaft in Zukunft „funktionieren“ wird, ist derzeit noch offen. Die konjunkturellen und strukturellen Entwicklungen beeinflussen direkt die Situation auf dem Arbeitsmarkt und damit die Finanzierung des Sozialsystems. Arbeitslosigkeit, Stagnation der Erwerbseinkommen, Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung und niedrig entlohnte Dienstleistungen zeigen derzeit schon Probleme für die Finanzierung auf. Zudem sieht sich die Gesellschaft Trends gegenüber, die nachhaltige Veränderungen induzieren werden. Die Digitalisierung betrifft alle Lebens- und alle Wirtschaftsbereiche. Verstärkt werden sich auch in „wissensbasierten“ Branchen, wie z.B. der Gesundheits- oder der Finanzbranche, die Berufsbilder ändern. Bisher mit Humankapital erzeugte Produkte und Dienstleistungen werden durch Sachkapital (Maschinen, Roboter) ergänzt bzw. ersetzt. Produktionsstandorte werden wieder in die Heimatländer zurückverlagert – dort entstehen Fabriken mit automatisierten Produktionsabläufen. Die Sharing-Economy wird die Nachfrage nach Eigentum/Besitz langfristig reduzieren. Folglich müssen Produktionskapazitäten angepasst werden. Zudem wird die Generation der Baby-Boomer zu einem Kostenfaktor für die Sozialsysteme im Pensions-, Gesundheits- und Pflegebereich.

⁴ Das Grundeinkommen soll den Lebensstandard sichern und dieser ist wiederum abhängig von der Zahl der Personen, die in einem Haushalt leben und ein Grundeinkommen beziehen. Zwei getrennt lebende Personen benötigen folglich mehr Geld, als zwei Personen, die im selben Haushalt leben.

⁵ Beispiele für Befürworter aus Wirtschaftskreisen: **Christopher Pissarides** (Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften 2010), London School of Economics meint, dass „die digitale Revolution den Kuchen, der zu verteilen ist, insgesamt vergrößern wird. Aber es gibt keine Garantie, dass jeder davon profitieren wird, wenn wir das allein dem Markt überlassen. Wir müssen deshalb ein neues System entwickeln, um die Einkommen umzuverteilen.“ Am besten dafür geeignet sei das bedingungslose Grundeinkommen. Weltwirtschaftsforum Davos, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/verlust-von-arbeitsplaetzen-durch-digitalisierung-ausgerechnet-davos-diskutiert-nun-ueber-das-grundeinkommen-1.2829834>. Siemens Chef **Joe Kaeser** „eine Art Grundeinkommen wird völlig unvermeidlich sein“, Quelle: Süddeutsche Zeitung, 20. 1. 2016; <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/sz-wirtschaftsgipfel-siemens-chef-plaediert-fuer-ein-grundeinkommen-1.3257958>. Der deutsche Telekom-Chef **Timotheus Hötting** befürwortet ein bedingungsloses Grundeinkommen – finanziert mit Unternehmenssteuern großer Internetkonzerne, <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/it-medien/timotheus-hoettinges-telekom-chef-befuerwortet-bedingungsloses-grundeinkommen/12774986.html>.

Abbildung 2: Solidarisches Bürgergeld als Sozialdividende oder als negative Einkommensteuer



Quelle: Soziale Sicherung I, Strengmann-Kuhn, W., 2007, (Vorlesung, Universität Frankfurt).

Diese Entwicklungen alleine schon rechtfertigen die Vorschläge für eine alternative Sicherung der Existenz der BürgerInnen. Einen ersten, praktikablen Vorschlag zur Sicherung der Sozialsysteme stellt die Wertschöpfungsabgabe dar (Brutto- oder Nettowertschöpfung). Dadurch würden die Sozialsysteme nicht mehr ausschließlich vom Faktor Arbeit getragen werden müssen. Die Idee des Grundeinkommens geht jedoch viel weiter: Das Grundeinkommen soll die Existenz der BürgerInnen in einem Land absichern. Das bedingungslose Grundeinkommen wird ohne Auflagen ausbezahlt. Es gibt zwei unterschiedliche Varianten des Grundeinkommens, nämlich (a) die Sozialdividende, die vor der steuerrechtlichen Überprüfung der Einkommen und Vermögen an alle regelmäßig ausgezahlt wird, und (b) die negative Einkommensteuer, die die Auszahlung des Grundeinkommens an eine steuerrechtliche Überprüfung koppelt (siehe dazu Abbildung 2). Insbesondere die Frage, ob das Grundeinkommen kumulativ oder substitutiv zu anderen Einkommen bezogen werden darf, wird entscheidend die Anreizwirkung beeinflussen. Valide Antworten sind auch bei den – lokal begrenzten – Versuchen zum Grundeinkommen nicht zu finden. Bis dato wurden einige Pilotprojekte in verschiedenen Ländern durchgeführt, wobei der Test in Finnland medial auf großes Interesse gestoßen ist.

Diese Studie zeigt eine Übersicht über Modelle zum Grundeinkommen im deutschsprachigen Raum. Zunächst wird im 2. Kapitel auf die Unterscheidung von Grundeinkommen und

Grundsicherung eingegangen. Die Grundeinkommensmodelle unterscheiden sich im Hinblick auf die Auszahlung in Form (a) einer Sozialdividende oder (b) einer negativen Einkommensteuer – dies wird im 3. Kapitel gezeigt. Im 4. Kapitel wird dann das Grundeinkommensmodell aus der Schweiz skizziert, über das 2016 abgestimmt wurde. Das Schweizer-Modell sieht das Grundeinkommen substitutiv – wer mehr verdient, hat auch mit dem Grundeinkommen kein höheres Einkommen. Im Gegensatz dazu steht das österreichische Modell, das im 5. Kapitel gezeigt wird. Der Vorschlag der NGO-Bewegung Attac-Österreich sieht das Grundeinkommen additiv zu sonstigen Einkommen. Danach wird im 6. Kapitel die Diskussion in Deutschland beleuchtet. Es werden drei Grundeinkommensmodelle von Parteien (Bündnis 90/Die Grünen, CDU (Dieter Althaus) und Die Linke), ein Modell aus Wissenschaftskreisen (HWWI (Thomas Straubhaar) und eines aus Unternehmerkreisen in Deutschland (Götz Werner, dm-Gründer) gezeigt. Die Auswahl an Modellen zeigt das Spektrum dieser Diskussion, das mit den gezeigten Vorschlägen skizziert wird. Erfahrungen mit Grundeinkommen sind derzeit jedoch noch recht dürftig. Die Auswirkungen werden stark von der Ausgestaltung abhängen und sind auf theoretischer Ebene kaum antizipierbar. Einige lokal begrenzte Initiativen und deren Wirkungen werden im 7. Kapitel gezeigt. Im 8. Kapitel werden Berechnungen des Wirtschaftsmagazins „Economist“ aufgegriffen, die zeigen, welche Höhe ein Grundeinkommen in den OECD-Ländern haben könnte, wenn alle Sozialleistungen – exklusive die Gesundheit – als Grundeinkommen ausbezahlt werden würden. Im 9. Kapitel wird auf die Frage der Anspruchsberechtigten näher eingegangen, die wiederum die Frage nach den Bruttokosten⁶ entscheidend beeinflusst. Da ein fiskal- und sozialpolitisches Gesamtkonzept zur Frage eines Grundeinkommens in Österreich sehr weitreichende Überlegungen und Reformvorhaben nach sich ziehen würde, wurden im 10. Kapitel lediglich drei Überlegungen zum Thema für Österreich gezeigt, die den Rahmen für ein Grundeinkommen abstecken sollen. Abschließend werden die wesentlichen Ergebnisse im 11. Kapitel zusammengefasst.

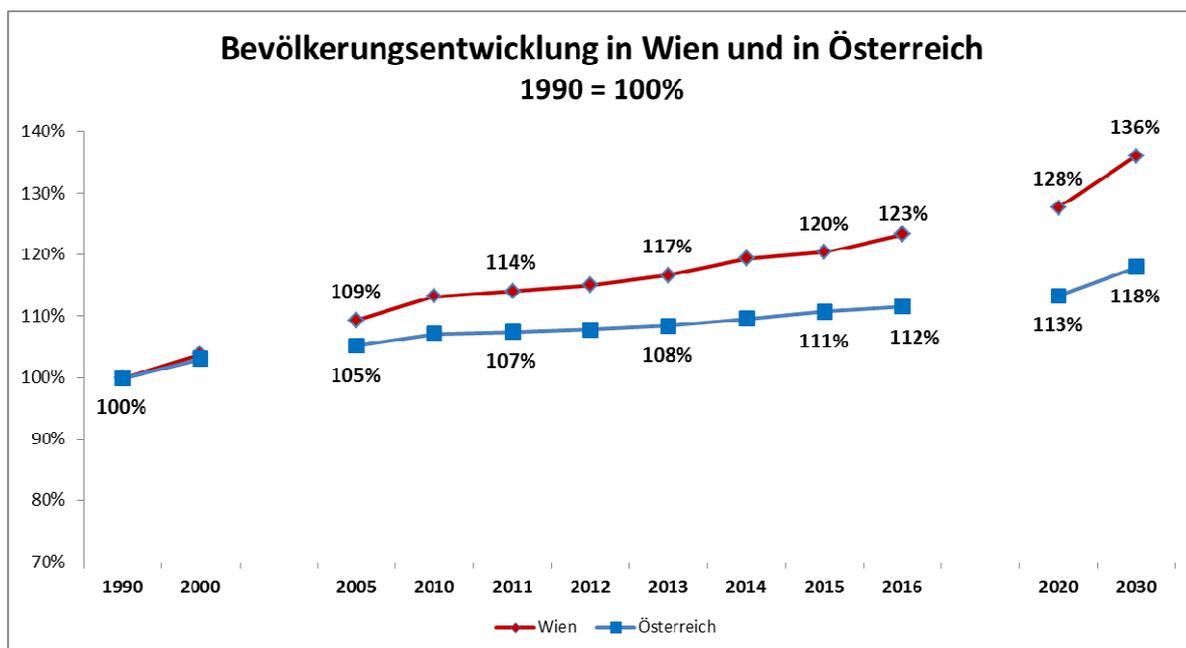
⁶ Bruttokosten sind die Kosten ohne Abzug von Gegenfinanzierungsmaßnahmen/Einsparungen.

2.2 Wien, Wien, nur du allein? Was kostet Wien den Bundesländern?

Studie im Auftrag des Instituts Wirtschaftsstandort Oberösterreich, IWS

In dieser Studie wird die ökonomische Dimension von Wien beleuchtet und dabei die Frage gestellt, ob die Sog-Wirkung von Wien nicht zu Lasten der anderen Bundesländer geht. Die ökonomische Bedeutung von Wien bedingt auch einen starken Zuzug in die Stadt, wodurch eine – im europäischen Vergleich – ungewöhnlich hohe Einwohnerrelation zwischen Hauptstadt und Rest-Staat gegeben ist.⁷ Das überdurchschnittlich starke Bevölkerungswachstum in Wien wird in Abbildung 3 dargestellt. **Im Großraum Wien lebt ungefähr ein Viertel der österreichischen Bevölkerung – dadurch wird Wien, auch im politischen Entscheidungsprozess, immer mehr zum Schrittmacher der österreichischen Politik.**

Abbildung 3: Bevölkerungswachstum seit 1990 in Wien und in Österreich

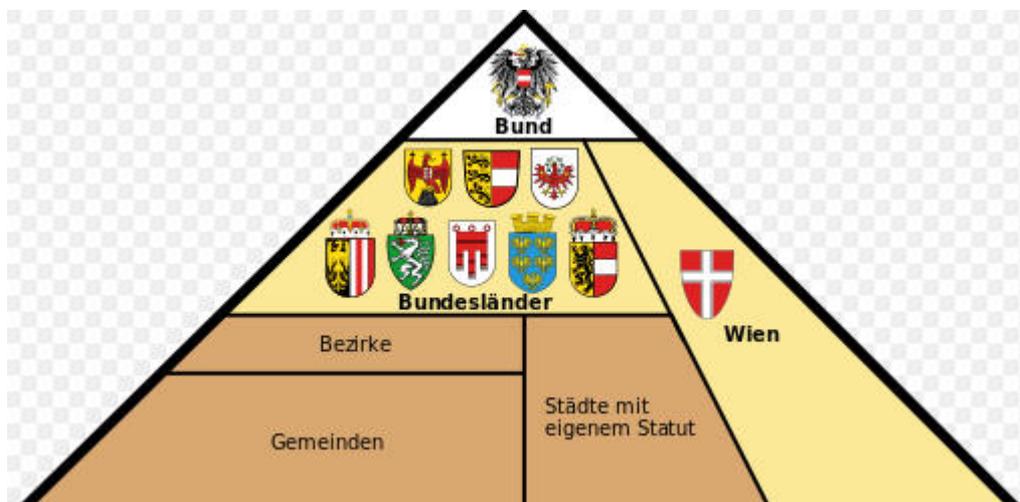


Quelle: Statistik Austria, eigene Darstellung.

⁷ Vgl. Schneider, F., Dreer, E., Dezentrale Verwaltung von Bundesdienststellen – ein Vorschlag, 2015, S. 9.

Wien als Bundeshauptstadt ist nicht nur für die Stadtverwaltung zuständig, sondern ist auch Sitz der Bundesverwaltung. Wien konzentriert 65 von 68 Bundesbehörden am Standort Wien.⁸ Die Konzentration der öffentlichen Verwaltung von Bund und Wien als Land und Gemeinde bringt viele attraktive Arbeitsplätze mit sicheren Einkommen und damit Kaufkraft (siehe dazu nachfolgende Abbildung 4 „Verwaltungsorganisation in Österreich mit Wien als Land und Gemeinde“). Dieses Umfeld zieht weitere Unternehmen und Zuwanderung nach sich. Die Sogwirkung der Bundeshauptstadt ist jedoch auch kritisch zu hinterfragen, denn sie geht auch zu Lasten der anderen Bundesländer.

Abbildung 4: Verwaltungsorganisation in Österreich mit Wien als Land und Gemeinde



Anmerkung: Administrative Systeme Österreichs: Bundesebene (weiß), Landesebene (gelb), Bezirksverwaltungsebene (braun)

Quelle: Wikipedia Eintrag „Verwaltungsgliederung Österreichs“;

https://de.wikipedia.org/wiki/Verwaltungsgliederung_%C3%96sterreichs#/media/File:Verwaltungsgliederung_%C3%96sterreichs.svg.

⁸ Vgl. Vgl. Bußjäger P., Keuschnigg G., Radosavljevic M., Der Bund und seine Dienststellen: Zentralisierung und Dezentralisierung; Institut für Föderalismus, Innsbruck, 2014; in: Schneider, F., Dreer, E., Dezentrale Verwaltung von Bundesdienststellen. Ein Vorschlag, 2015.

Nicht zur Stadtverwaltung zählen folgende staatliche Behörden in Wien:⁹

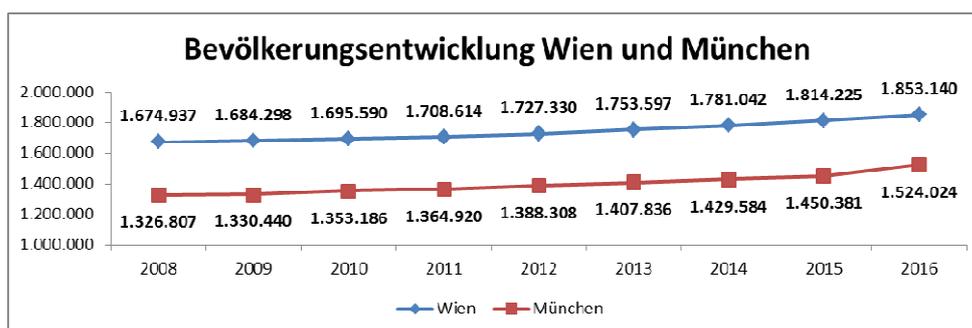
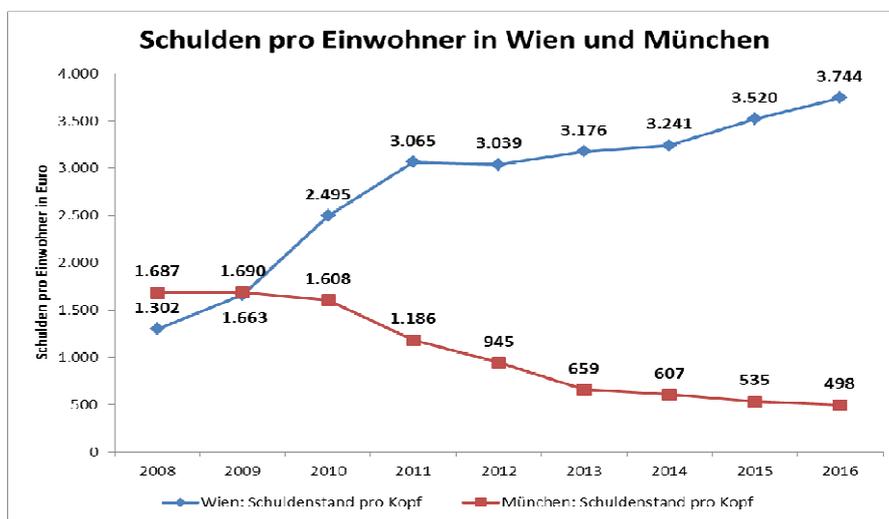
- **Schulbehörden des Bundes:** An der Spitze der kollegialen Behörde Landesschulrat (in Wien: Stadtschulrat) steht der/die jeweilige Landeshauptman/-frau Landeshauptmann als PräsidentIn.
- **Universitäten:** Die Einrichtung und die Führung von Universitäten und Hochschulen ist eine Bundesangelegenheit.
- **Finanzverwaltung des Bundes:** Die Finanzverwaltung des Bundes wird durch eigene Bundesbehörden durchgeführt
- **Ordentliche Gerichte:** Die österreichische Bundesverfassung ordnet die ordentliche Gerichtsbarkeit dem Bund zu. Wien ist Sitz des Obersten Gerichtshofes und der beiden anderen Höchstgerichte, nämlich des Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshofs. Für den Bereich des Bundeslandes (zum Teil auch darüber hinaus) sind noch das Oberlandesgericht, das Landesgericht und die Bezirksgerichte beziehungsweise Sondergerichte (Handelsgericht, Arbeits- und Sozialgericht) eingerichtet. Mitwirkungsfunktionen hat Wien bei der Auswahl der Geschworenen und Schöffen.
- **Arbeitsmarktservice:** Mit 1. Juli 1994 wurde die Arbeitsmarktverwaltung aus der unmittelbaren Bundesverwaltung ausgegliedert und das Arbeitsmarktservice (AMS) als öffentlich-rechtliches Dienstleistungsunternehmen gegründet. Das AMS besteht aus einer Bundesgeschäftsstelle, neun Landes- und diversen regionalen Geschäftsstellen.
- **Sozialversicherungsträger:** Krankenkassen, Allgemeine Unfallversicherungsanstalt, Pensionsversicherungen sind als Selbstverwaltungskörper eingerichtet. Diese werden aus Vertreterinnen und Vertretern der unmittelbar betroffenen Personengruppen gebildet und unterliegen - im selbständigen Wirkungsbereich - keinem Weisungsrecht, aber einem Aufsichtsrecht der staatlichen Behörden.
- **Kammern,** z.B. Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wirtschaftskammer, Landwirtschaftskammer, Ärztekammer, Rechtsanwaltskammer, Apothekerkammer. Bestimmte (staatliche) Aufgaben werden auch durch Kammern besorgt.

In Bayern hat man die Problematik des Pull-Effekts der Hauptstadt erkannt und versucht aktiv gegenzusteuern. Die sog. „Heimatstrategie“ der Bayern hat zum Ziel, über 50 Behörden und staatliche Einrichtungen über einen Zeithorizont von 5 bis 10 Jahren zu verlagern. Im Rahmen der Maßnahmen werden insgesamt 3.155 Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen in Bayern entstehen. München als Hauptstadt wird dadurch nicht geschwächt, sondern entlastet. Ein Ausgleich der Lebens- und Arbeitsbedingungen im gesamten Bundesgebiet könnte auch ein Ziel in Österreich sein. **Eine aktive Strukturpolitik könnte den Ballungsraum Wien entlasten und Wachstumsmöglichkeiten für die Bundesländer bringen.**

⁹ Quelle: Staatliche Behörden in Wien, <https://www.wien.gv.at/verwaltung/organisation/staat/>.

Deutlich wird ein Unterschied zwischen Wien und München bei der Verschuldung. In München sank die Pro-Kopf-Verschuldung zwischen 2008 und 2016 deutlich, während sie in Wien ebenso deutlich anstieg. Abbildung 5 zeigt den Schuldenstand pro Einwohner in den jeweiligen Städten. Während in München die Schulden pro Einwohner seit 2008 um 70 % gesunken sind, sind sie im gleichen Zeitraum in Wien um 188 % gestiegen. Jeder Wiener ist folglich mit 3.744 Euro verschuldet, während es bei den Münchnern nur 498 Euro sind. Diese Diskrepanz ist nicht auf eine unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung zurückzuführen, da diese sich in den beiden Städten relativ parallel entwickelt. Wien hat jedoch etwa 350.000 Einwohner mehr als München.

Abbildung 5: Schulden pro Einwohner in Wien und München



Quelle: STATISTIK AUSTRIA (Öffentlicher Schuldenstand, BIP 2013-2016).am 30.03.2017. Daten gemäß ESVG 2010. Bundesländer einschließlich außerbudgetäre Einheiten und Landeskammern. Eigene Darstellung. Quelle: Schuldenstand, muenchen.de Das offizielle Stadtportal; <https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Stadtkaemmerei/Haushalt/Schuldenstand.html>.; Eigene Darstellung.

In dieser Studie wird der Versuch unternommen, dieses Konzept einer Dezentralisierung auch für Österreich zu argumentieren. Dazu wird zunächst im 2. Kapitel die Entwicklung der EinwohnerInnenzahl in Wien und in Österreich gezeigt und dann auf die Verwaltung von Wien als Land und Gemeinde kurz eingegangen. Im 3. Kapitel werden die Zahlungsströme aus dem Finanzausgleich gezeigt, aus denen sich die Stadt hauptsächlich finanziert. Daran anschließend wird im 4. Kapitel das gesamte Budget der Stadt Wien von 2015 aufgeschlüsselt. Die ökonomische Dimension von Wien wird im 5. Kapitel deutlich, wenn die Organisation der Stadt mit seinen öffentlich Beschäftigten und den Unternehmensbeteiligungen und Fonds aufgezeigt wird. Aufgrund ähnlicher Größenverhältnisse wird im 6. Kapitel dann Wien mit München, der Landeshauptstadt von Bayern, verglichen. Da München auch hinsichtlich der Attraktivität der Stadt mit Wien vergleichbar ist, erscheint ein Vergleich der Budgets, des Personalstandes und des Schuldenstandes interessant. Im 7. Kapitel werden die wesentlichen Ergebnisse zusammengefasst.

2.3 Was spricht für eine Innovationsagentur der Außenwirtschaft Austria? Abschätzung der volkswirtschaftlichen Wertschöpfungs- und Hebelwirkungen

Studie im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich, WKO

Im Rahmen der WKO-Reform 4.0 leistet die AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA¹⁰ mit der Innovationsagentur ein zusätzliches Service („Net to Innovation“¹¹). Ziel ist es, globales Wissen über neue Trends, Entwicklungen und Innovationen an Unternehmen, Institutionen und WKO-Sparten wie Branchenverbände zu vermitteln und Zugänge zu internationalen Technologie- und Innovationszentren und deren Netzwerken zu schaffen. Dafür wurden u.a. Kooperationen mit Universitäten wie dem Massachusetts Institute of Technology (MIT), der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (ETH) oder der Stanford University abgeschlossen.

„Net to Innovation“ ist als internationale Netzwerkagentur auf folgende Ziele ausgerichtet:

- 25.000 Unternehmen sind die zusätzliche Zielgruppe.
- 12 Produkte (z.B. Zukunftsreisen, Innovationsworkshops,- und Konferenzen, Unterstützung für Start-Ups etc.) werden angeboten.

Was spricht für eine Innovationsagentur der WKO? Skaleneffekte in der Beratung sind zu erwarten, da die „Außenwirtschaft Austria“ (Internationalisierungsagentur der WKO) auf Fragen zu Export, Import, Auslandsinvestitionen, Länderinformationen, internationale Branchenentwicklungen, etc. spezialisiert ist.

Ökonomisch begründen lässt sich eine Innovationsagentur mit der Kritik an der neoklassischen Grundannahme der vollkommenen Information aller Marktteilnehmer: Das tatsächlich beschränkte Reservoir an Informationen und Wissen bedingt, dass ein Überblick

¹⁰ Net to Innovation: Die Außenwirtschaftsorganisation als internationale Netzwerkagentur für Innovationen, Net to Success – Kooperationsvermittlung, Net to Qualification – Erstellung eines Gesamtangebots von der dualen Ausbildung bis zur tertiären Ebene. Quelle: WKO 4.0 - neue Services, mehr Effizienz und weitere Entlastung der Mitglieder; <https://www.wko.at/branchen/k/gewerbe-handwerk/Beschreibung.pdf>.

¹¹ Net to Innovation: Die Außenwirtschaftsorganisation als internationale Netzwerkagentur für Innovationen, Net to Success – Kooperationsvermittlung, Net to Qualification – Erstellung eines Gesamtangebots von der dualen Ausbildung bis zur tertiären Ebene. Quelle: WKO 4.0 - neue Services, mehr Effizienz und weitere Entlastung der Mitglieder; <https://www.wko.at/branchen/k/gewerbe-handwerk/Beschreibung.pdf>.

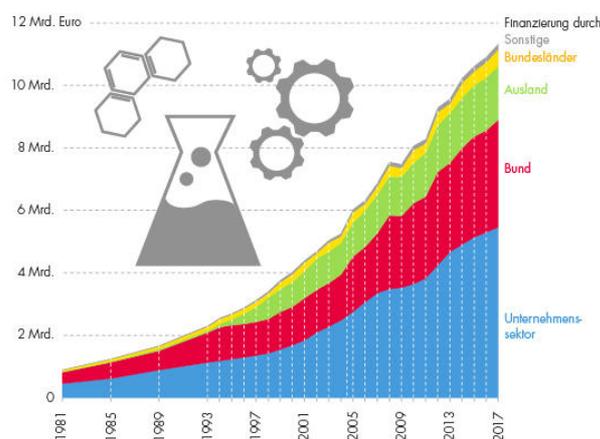
über die größeren Zusammenhänge fehlt und damit die Möglichkeit, optimale Entscheidungen zu treffen. Folglich bilden sich Innovationsnetzwerke und –cluster „mithilfe derer sich die Akteure durch wechselseitige Unterstützung in neue, bis dato unbekannte Bereich und Gebiete vorantasten können.“¹²

F&E gilt als Basis für Innovationen. Die gesamten Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) – siehe dazu auch Abbildung 6 – in Österreich wurden im Jahr 2017, auf Basis der Globalschätzung der Statistik Austria mit Stand April 2017, mit 11,3 Mrd. Euro geschätzt, was eine F&E-Quote (Bruttoinlandsausgaben für F&E im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt) von 3,14 % bedeutet.

Abbildung 6: Prognose der Forschungs- und Entwicklungsausgaben 2017

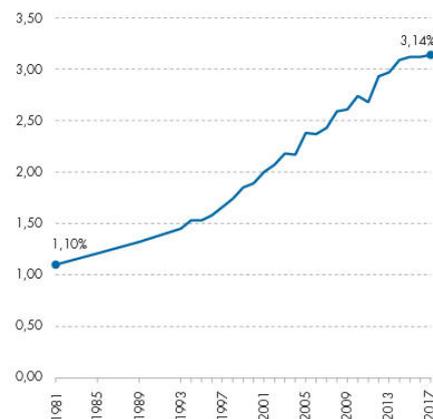
Forschung & Entwicklung 2017

Bruttoinlandsausgaben für F&E 1981–2017



Quelle und Grafik: STATISTIK AUSTRIA, F&E-Statistik. Erstellt am 20.4.2017.

Bruttoinlandsausgaben für F&E
in % des BIP



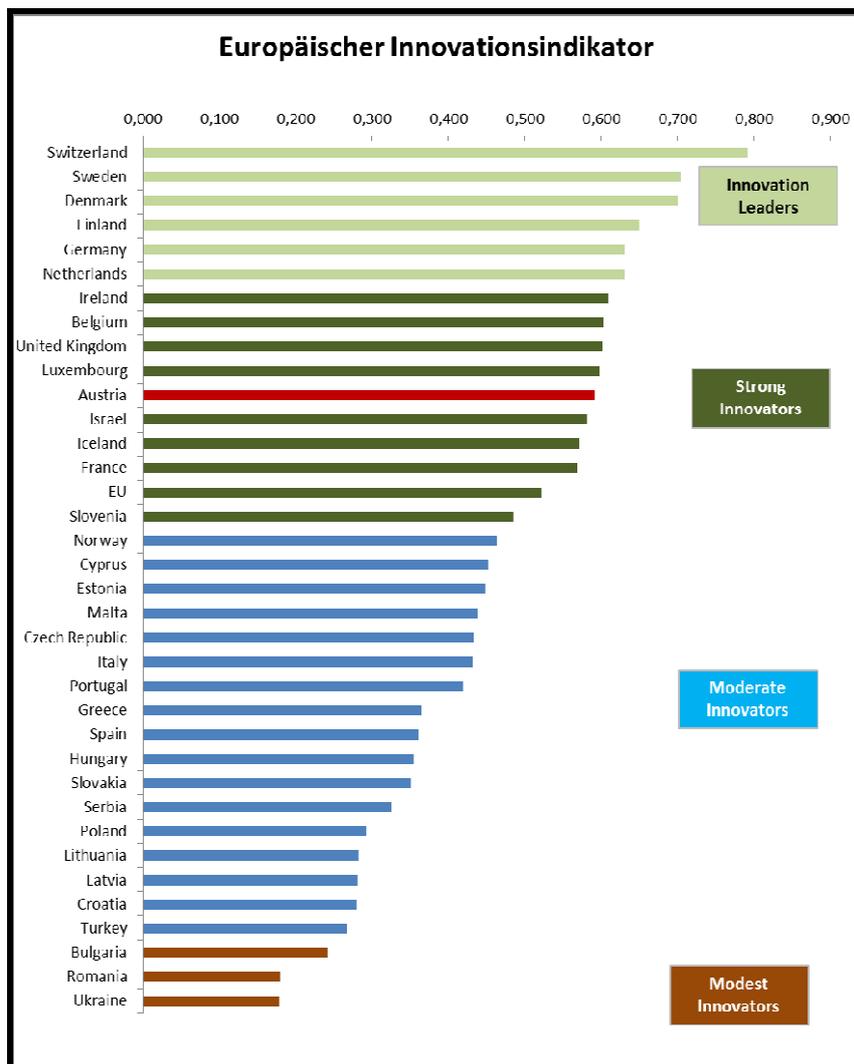
Quelle: Statistik Austria

Dass Österreich noch Aufholpotential bei der Innovationsaktivität hat, zeigt auch das Eurostat-Ranking „European Innovation Scoreboard“. Demnach zählen die Schweiz, Schweden, Dänemark, Finnland, Deutschland und die Niederlande zu den innovationsstärksten Ländern in Europa („Innovation Leaders“, vgl. Abbildung 4.2). Österreich liegt im

¹² WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation, Teilstudie 8: Forschung und Innovation als Motor des Wachstums, 2006, http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=27447&mime_type=application/pdf, S. 27.

oberen Mittelfeld („Strong Innovators“) hinter Irland, Belgien, Großbritannien und Luxemburg.¹³ In Teilbereichen des Indikators belegt Schweden eine führende Position in der Kategorie „Humankapital“ und „Qualität der wissenschaftlichen Forschung“. Finnland führt in der Kategorie „Finanzrahmen“; Deutschland ist sehr stark im Bereich „Investitionen in Innovationen“; Belgien führt bei „Innovationsnetzwerken und Partnerschaften“; Irland führt im Bereich „Innovationen von kleinen und mittleren Unternehmen“.

Abbildung 7: European Innovation Scoreboard, 2016



Quelle: European Innovation Scoreboard 2016, Daten für 2015; http://ec.europa.eu/growth/industry/innovation/facts-figures/scoreboards_de.

¹³ European Innovation Scoreboard 2016, <https://ec.europa.eu/growth/sites/growth/files/infographic-innovation-union-02.png>.

Ziel der Studie war es, den volkswirtschaftlichen Wert der neuen Innovationsagentur zu quantifizieren. Die Agentur selbst zu bewerten, ist jedoch nur ex post möglich, da dann (erfolgreiche) Kontakte evaluiert werden können. Ex ante muss man sich auf die (positiven) ökonomischen Effekte beschränken, die von Innovationen ausgehen, denn jede zusätzliche (erfolgreiche) Innovation würde den Wirtschaftsstandort Österreich stärken. Aus diesem Grund werden in der Studie zunächst Referenzstudien aufgezeigt, die sich auf die Wirkungen von Innovationen beziehen. Am Schluss erfolgt eine Berechnung der (potenziellen) volkswirtschaftlichen Effekte, die von der Innovationsagentur ausgehen, wenn sie ihre Ziele erreicht.

Im Detail ist die Studie wie folgt aufgebaut: Zunächst wird im 2. Kapitel auf das Thema Innovations-Netzwerke und Agenturen kurz eingegangen indem einige aktuelle Beispiele von bereits bestehenden Netzwerken bzw. Agenturen aufgezeigt werden. Im 3. Kapitel werden die Forschungs- und Entwicklungsleistungen (F&E) in Österreich mit Zahlen der Statistik Austria belegt. Den Nutzen einer Netzwerkagentur aus volkswirtschaftlicher Sicht versucht das 4. Kapitel zu skizzieren. Nachdem der Begriff Innovation in seiner Dimension skizziert wird, werden auch wissenschaftliche Erkenntnisse zu Netzwerken kurz präsentiert und die Position Österreichs im Eurostat Ranking (European Innovation Scoreboard) gezeigt. Danach werden die Auswirkungen von Innovationen auf die Volkswirtschaft (Abschnitt 4.1), auf das Wirtschaftswachstum (Abschnitt 4.2), auf die betrieblichen Umsätze (Abschnitt 4.3) und auf die Beschäftigung (Abschnitt 4.4) anhand von empirischen Untersuchungen beispielhaft aufgezeigt. Das 5. Kapitel zeigt dann die potenziellen volkswirtschaftlichen Auswirkungen, wenn die Innovationsagentur ihr Ziel umsetzt, und 3.000 Unternehmen pro Jahr in ihren Innovationsaktivitäten unterstützen kann. Kapitel 6 fasst die wesentlichen Erkenntnisse zusammen.

2.4 Nachhaltigkeitsberichterstattung von KMUs in Österreich. Länderstudie Österreich

*Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und
Wasserwirtschaft*

Kleine und mittelständische Unternehmen (KMUs) sind das Rückgrat der heimischen Volkswirtschaft. Gemessen an der Mitarbeiterzahl (< 250) zählen mehr als 99,6% alle österreichischen Unternehmen zu den KMUs. In KMUs sind rund zwei Drittel der Arbeitnehmer beschäftigt. Damit haben KMUs auch eine wesentliche Auswirkung auf die Umwelt und die Arbeitswelt. Laut dem Danish Technological Institute/PLANET wird ihr Einfluss auf die Umwelt auf 55% der Gesamtumwelteinwirkungen für Österreich geschätzt.¹⁴ Eine Nachhaltigkeits- oder Corporate Social Responsibility- bzw. Tripple-Bottom-Line Berichterstattung, oder ein integriertes Reporting, kann den Konnex zwischen Ökonomie, Ökologie und Sozialem herstellen und damit zu einem wesentlichen Management-Tool für Unternehmen werden. Aus volkswirtschaftlicher Sicht wirkt sich das wiederum positiv auf die Umwelt aus. Diesen Multiplikator-Effekt gilt es voranzutreiben.

Abbildung 8 zeigt die wesentlichen Charakteristika der Finanzberichterstattung, der Nachhaltigkeitsberichterstattung und der integrierten Berichterstattung auf. Während der primäre Zweck der Finanzberichterstattung in der Dokumentation, der Rechenschaftslegung und der Kapitalerhaltung liegt, geht die Nachhaltigkeitsberichterstattung weiter, im Hinblick auf die Konkretisierung des unternehmerischen Verantwortungsbewusstseins. Die integrierte Berichterstattung verknüpft wesentliche Angaben des Finanz- und Nachhaltigkeitsberichts und stellt damit die Werttreiber eines Unternehmens umfassender dar, als es mit getrennten Berichten der Fall sein kann.

¹⁴ Vgl. Danish Technological Institute/PLANET S.A., 2010, S. 59; zitiert nach Traxler A., Greiling D.: Nachhaltigkeitsberichterstattung von KMU des deutschsprachigen Raumes nach den Standards der Global Reporting Initiative - empirische Einblicke, in: Birgit Feldbauer-Durstmüller und Otto Janschek (Eds.): Jahrbuch für Controlling und Rechnungswesen 2015, LexisNexis Verlag, 2015.

Abbildung 8: Charakteristika der Finanzberichterstattung, der Nachhaltigkeitsberichterstattung und der Integrierten Berichterstattung

	Finanzberichterstattung	Nachhaltigkeitsberichterstattung	Integrierte Berichterstattung
Primär-Berichtszweck	Dokumentation, Rechenschaftslegung, Kapitalerhaltung	Konkretisierung des unternehmerischen Verantwortungsbewusstseins	Darstellung der Wertschaffung eines Unternehmens durch Verknüpfung wesentlicher Angaben des Finanz- und Nachhaltigkeitsberichts
Zentrale Adressanten	Kapitalgeber	interne und externe Anspruchsgruppen	Kapitalgeber
Aufstellung, Offenlegung	verpflichtend	freiwillig	freiwillig
Gesetze, Standards, Vereinbarungen	UGB, IFRS	GRI: G4-Leitfaden	IIRC-Rahmenkonzept 1.0
Rechnungslegung	Jahresabschluss, ergänzend: Anhang, Lagebericht	Nachhaltigkeitsbericht	Integrierter Bericht
Ausweis	vorwiegend ökonomische Aspekte der Geschäftstätigkeit	ökonomische, ökologische, und soziale Aspekte der Geschäftstätigkeit	ökonomische, ökologische, und soziale Aspekte der Geschäftstätigkeit
Zeitbezug	vergangenheitsorientiert	vergangenheits- und zukunftsorientiert	vergangenheits- und zukunftsorientiert
Prüfung	Verpflichtend und mittelgroße u. große Kapitalgesellschaften	freiwillig (GRI empfiehlt die Prüfung)	freiwillig (IIRC empfiehlt die Prüfung)

Quelle: Nach Müller, Stefan/ Stawinoga, Martin (2013), S. 462f¹⁵

Die genaue Anzahl an Unternehmen bzw. Organisationen die Nachhaltigkeitsberichte nach GRI veröffentlichen ist derzeit nur abschätzbar, da bislang kein Unternehmen die Anwendung von GRI melden bzw. sich registrieren muss. Die Schätzungen gehen von rund 9.000¹⁶-11.589¹⁷ Organisationen weltweit aus. Die Plattform Corporate Register spricht von 15.287 Organisationen - nicht ausschließlich Unternehmen - die Berichte gelegt haben.¹⁸ In Österreich sind es laut Corporate Register zwischen 130 und 140 Unternehmen/Organisationen.

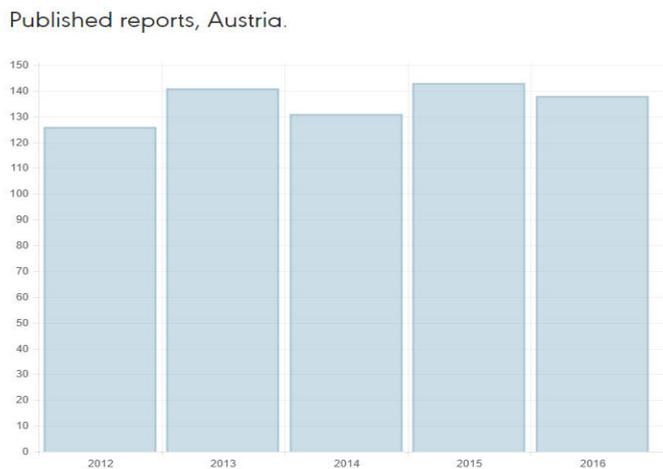
¹⁵ Müller, Stefan / Stawinoga, Martin (2013): Unternehmensberichterstattung: Finanz-, Nachhaltigkeits- und integrierte Berichterstattung im Vergleich – Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Entwicklungsperspektiven der drei Berichterstattungskonzepte, in: Die Steuerberatung 11/2013, S. 462f.

¹⁶ Vgl. Milla, Aslan (PWC Österreich), / Mittelbach-Hörmanseder, Stéfanie (WU-Wien), et.al, Nichtfinanzielle Berichterstattung Fokus: NaDiVeG - Studie zum Reifegrad österreichischer Unternehmen, Nov. 2017. S. 11.

¹⁷ Datenbank der GRI: <http://database.globalreporting.org/> (Abrufdatum 26.Nov. 2017).

¹⁸ Corporate Register - Informationsplattform: <http://corporateregister.com/> - Abrufdatum: 3. Dez. 2017.

Abbildung 9: Corporate Register - Anzahl an österreichischen CSR Berichten 2012-2016



Quelle: <http://corporateregister.com/> - Abrufdatum: 3. Dez. 2017

Ziel dieser Studie ist es, ein Bild über die Nachhaltigkeitsberichterstattung im Kontext der KMUs in Österreich zu gewinnen. Die Ergebnisse sollen als Grundlage für politische Empfehlungen dienen. Die Studie teilt sich in zwei Arbeitspakete, Arbeitspaket I „Country Case Study Austria“ liefert einen Situationsbericht, basierend auf ExpertInnenbefragungen von relevanten Akteuren. Arbeitspaket II „Rahmenbedingungen in Österreich“ liefert ein Bild über die Initiativen, die in Österreich zu diesem Thema gesetzt werden und zeigt, wie stark sich österreichische KMUs an den Initiativen beteiligen.

Im 2. Kapitel wird die Rolle der KMUs für eine nachhaltige Entwicklung kurz beleuchtet. Das 3. Kapitel zeigt die globalen, europäischen und nationalen Rahmenbedingungen auf. Das 4. Kapitel beleuchtet kurz die Geschichte der Unternehmensberichterstattung. Im 5. Kapitel wird dann auf die Nachhaltigkeitsberichterstattung weltweit kurz eingegangen und die Bedeutung der Global Reporting Initiative (GRI) aufgezeigt. Im 6. Kapitel werden dann die Befragungsergebnisse für die „Länderstudie für Österreich“ gezeigt. In diesem Kapitel sind die Antworten aus den telefonischen Interviews mit den wesentlichen Stakeholdern kurz zusammengefasst. Eine tabellarische Übersicht über die Interviews ist im Abschnitt 6.6 nachzulesen. Die transkribierten Interviews sind im Anhang zu finden. Das 7. Kapitel geht dann auf die derzeit vorherrschenden Rahmenbedingungen des Nachhaltigkeits-Reporting in Österreich ein. In Kapitel 7.1 werden die politischen Rahmenbedingungen aufgezeigt. Kapitel 7.2 befasst sich mit den Haupttreibern der Nachhaltigkeitsberichterstattung. In Kapitel 7.3

wird auf die Herausforderungen für die politischen Entscheidungsträger eingegangen. Kapitel 7.4. zeigt die Beratungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten. Kapitel 7.5 gibt einen Überblick über Förderungs-, Wertschätzungs- und Auszeichnungsmechanismen. Kapitel 7.6 gibt einen Überblick über die Nachhaltigkeits-Netzwerke in Österreich. Im Kapitel 7.6. wird kurz auf das Eco-Management and Audit Scheme (EMAS) eingegangen, das als freiwilliges Instrument der Europäischen Union Unternehmen und Organisationen unterstützt, ihre Umweltleistungen zu verbessern. Im 8. Kapitel werden die wesentlichen Ergebnisse zusammengefasst.

2.5 Sustainability Reporting for SMEs: Country Case Study Austria

Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Small and medium-sized enterprises (SMEs) are the backbone of the domestic economy. If the number of employees is taken into account, more than 99.6% of all Austrian companies are SMEs (<250). In SMEs work approx. two-thirds of all employees. As a result, SMEs also have a significant impact on the environment and the working world. According to the Danish Technological Institute / PLANET, their impact on the environment is estimated at 55 % of the total environmental impact for Austria.¹⁹ Sustainability or corporate, social responsibility or triple bottom line reporting, or integrated reporting, can create the link between the economic, the ecological and the social point of view, making it an essential management tool for businesses. From a macroeconomic point of view, this in turn has a positive effect on the environment. It is important to advance this multiplier effect.

The study "Sustainability Reporting for SMEs: Country Case Study Austria" provides a situation report based on expert surveys of relevant stakeholders. The key stakeholders were interviewed by phone using a pre-defined questionnaire (one personal interview). The second chapter shows the results of the survey. In chapter 2.1 the interviewees are listed. Chapters 2.2 to 2.5 show the main results of each question. A comparison of the interviews is shown in chapter 2.6 in tabular form. Attached are the questionnaires for each interviewee in German language.

The questionnaires aim to assess the (policy) landscape on SME sustainability reporting policies with the aim of identifying trends and best practices. GRI – the Global Reporting Initiative and the Group of Friends of Paragraph 47 are the clients for the survey. The survey took place in October and November 2017.

CSR and sustainability reports are not the only "royal road" of CSR communication. Small companies can demonstrate its CSR approach in just a few lines in a corporate mission

¹⁹ Cf. Danish Technological Institute/PLANET S.A., 2010, S. 59; zitiert nach Traxler A., Greiling D.: Nachhaltigkeitsberichterstattung von KMU des deutschsprachigen Raumes nach den Standards der Global Reporting Initiative - empirische Einblicke, in: Birgit Feldbauer-Durstmüller und Otto Janschek (Eds.): Jahrbuch für Controlling und Rechnungswesen 2015, LexisNexis Verlag, 2015.

statement. CSR is a continuous process of improvement - therefore it can be usefully for leadership and the communication within the SME to work on an individual progress report.

3 Bücher / Monografien

3.1 Verstärkte Investitionen in frühkindliche Bildung: Kosten und Nutzen für Oberösterreich

Trauner-Verlag, Linz, 2012

ISBN 978-3-99033-015-9



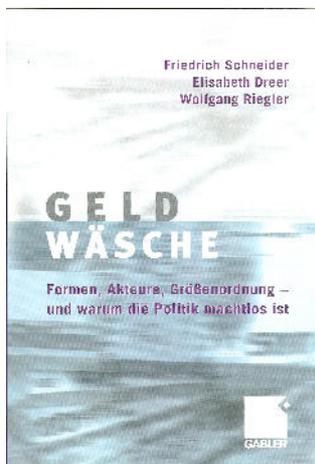
Frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung ist das Fundament für erfolgreiches lebenslanges Lernen, soziale Integration, persönliche Entwicklung und spätere Beschäftigungsfähigkeit (KOM 2011 66). Frühkindliche Betreuung ergänzt die zentrale Rolle der Familie. Sie hat aber auch tiefgreifende und langfristige Auswirkungen, die mit späteren Maßnahmen nicht erreicht werden können, wie zum Beispiel gerechtere Bildungschancen, aber auch die Kosten für die Gesellschaft in Form ungenutzter Talente und öffentlicher Ausgaben des Sozial-, Gesundheitssystems werden ebenfalls verringert.

In der gesamtwirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Analyse werden die Interessen aller Akteure berücksichtigt, nämlich die Kinder, deren Eltern, die Unternehmen/Wirtschaft, die Beschäftigten/das Personal und die öffentliche Hand. Bewertet werden zwei Ziele:

1. Die Betreuungsquote der Unter-3-Jährigen soll bis 2015 dem sog. Barcelona-Ziel von 33% entsprechen.
2. Bei den 3- bis 5-Jährigen soll eine qualitative Verbesserung der Kindergartenbetreuung im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (VIF-Kriterien), der Betreuungssituation in großen Kindergartengruppen und die Ausbildung des Kindergartenpersonals erreicht werden.

Werden den dafür anfallenden Kosten die direkten und indirekten Nutzenaspekte der Maßnahmen gegenübergestellt, zeigt sich, wie viel jeder investierte Euro für die Gesellschaft bringt.

3.2 Geldwäsche: Formen, Akteure, Größenordnung – und warum die Politik machtlos ist



Buchmanuskript für den Gabler-Verlag, Wiesbaden, 2006
ISBN-10 3-8349-0158-X bzw. ISBN-13 978-3-8349-0158-3

Rezensionsnotiz zu Neue Zürcher Zeitung, 18. 12. 2006

<http://www.perlentaucher.de/buch/26024.html>

„Pecunia non olet“ – Geld stinkt nicht. Mit dieser altrömischen Weisheit beginnen viele Aufsätze, die sich mit dem Thema Geldwäsche auseinandersetzen. Diese Eigenschaft des Geldes hat bis jetzt seine Gültigkeit bewahrt. Dem „gewaschenen“ Geld, dessen Herkunft verschleiert und das vom „Geruch“ befreit wurde, merkt man nicht mehr an, auf welche Art und Weise es verdient wurde.

Die rasante Entwicklung von Weltwirtschaft und Finanzmärkten nach dem zweiten Weltkrieg und die zunehmende Verbreitung der Verkehrs-, Informations- und Kommunikationstechnologien stehen in einem engen Zusammenhang mit der aufstrebenden organisierten Kriminalität. Phänomene wie die Globalisierung mit dem freieren Handel und dem daraus resultierenden größeren Handelsvolumen erleichtert es beispielsweise Drogendealern und Waffenschmugglern, ihre Waren weltweit zu vertreiben. Die Gelder, die mit diesen Straftaten erwirtschaftet werden, sind illegal. Geldwäsche ist das Herzstück der organisierten Kriminalität.

Das Buch zeigt systematisch auf, welche Techniken heute zum Waschen illegaler Gelder angewendet werden, es analysiert das weltweite Volumen, das diese illegalen Transaktionen haben, und es zeigt den Zusammenhang zwischen Geldwäsche, organisierter Kriminalität und Terrorismus auf.

3.3 Weiterbildung in Oberösterreich im Rahmen der AK OÖ-Bildungsoffensive



*Elisabeth Dreier und Friedrich Schneider,
Rudolf Trauner Verlag, 2004
ISBN 3-85487-617-5*

Angesichts der Tatsache, dass nicht (mehr) die einmal abgeschlossene Ausbildung allein ausschlaggebend für die individuelle und volkswirtschaftliche Prosperität ist, rückt die Weiterbildung stärker in den Fokus des allgemeinen Interesses.

Basierend auf den Ergebnissen einer Befragung beleuchtet das Buch die Weiterbildungssituation in Oberösterreich sowie die Rolle der Arbeiterkammer in bildungspolitischen Fragen. Untersucht werden weiters die Kosten der Weiterbildung und die Einflussfaktoren, ob jemand einen Kurs besucht oder nicht. Abschließend wird der Zusammenhang zwischen Kursbesuch und Einkommen analysiert.

Folgende Themen werden behandelt:

- unterschiedliche Formen der Weiterbildung
- die Weiterbildung in Oberösterreich
- die Rolle der Arbeiterkammer OÖ im bildungspolitischen Bereich
- die Weiterbildungskosten
- die Einflussfaktoren auf die Weiterbildungsbeteiligung
- die Auswirkungen der Kursbesuche auf die Einkommensentwicklung

3.4 Die Zahlungsbereitschaft der Mitglieder für die Arbeiterkammer Oberösterreich



*Elisabeth Dreer und Friedrich Schneider,
Rudolf Trauner Verlag, 2003
ISBN 3-85487-448-0*

Die Leistungen von öffentlichen Institutionen wurden in der Vergangenheit immer wieder kontrovers diskutiert. Die Arbeiterkammer OÖ (AK OÖ) setzte einen engagierten Schritt, indem sie ihre Serviceleistungen von externer Seite durchleuchten ließ. Dies ist in einem ersten Ansatz in zwei Studien geschehen:

Die Kosten-Nutzen Analyse stellte den Gesamtaufwand der AK für ihre Dienstleistungsbereiche dem quantifizierten Nutzen auf Basis von Alternativkosten (bzw. Marktpreisen) gegenüber. Der errechnete Marktwert der Leistungen lag lediglich um rund 15% unter dem tatsächlichen Gesamtaufwand für die Dienstleistungsbereiche. Der externe Nutzen, der v.a. durch die interessenspolitische Arbeit der AK entsteht, wurde dabei jedoch nicht berücksichtigt (vgl. Eine volkswirtschaftliche Analyse des Nutzens und der Kosten der Arbeiterkammer OÖ, Schneider F., Dreer E., 2001).

Um diesen Aspekt aufzugreifen, wurde die Zahlungsbereitschaft der Mitglieder für einzelne Serviceleistungen eruiert. Die errechnete Zahlungsbereitschaft für alle Serviceleistungen liegt mit ca. 10% knapp unter dem tatsächlichen Gesamtaufwand. Diese Zahl ist auch als potentielles Reformpotential zu sehen.

3.5 Eine volkswirtschaftliche Analyse des Nutzens und der Kosten der Arbeiterkammer OÖ



*Schneider Friedrich und Dreer Elisabeth,
Rudolf Trauner Verlag, 2001
ISBN 3-85487-331-X*

Die korporatistische Wirtschaftsstruktur in Österreich stellt den Rahmen für den Schwerpunkt der Studie dar. Dieser lag in der Untersuchung der Situation der Arbeiterkammer OÖ im Hinblick auf den „Nutzen“, den sie für ihre Mitglieder erbringt.

Die Kosten-Nutzen-Betrachtung wurde auf zwei Varianten durchgeführt:

- 1) Die Dienstleistungen, die die AK OÖ für Ihre Mitglieder erbringt, wurden mit Alternativpreisen bewertet, sodass daraus ein (fiktiver) Marktwert der Leistungen der AK OÖ errechnet werden konnte (Kosten-Nutzen-Analyse). Neben den direkten Leistungen wurden auch die Geldflüsse eruiert, die durch die Arbeit der AK an die Mitglieder zurückfließen (Geldflüsse an die Mitglieder). Nicht bewertet wurde der „externe Nutzen“, der durch die Folgewirkungen der interessenspolitischen Arbeit der AK entsteht. Dieser „externe Nutzen“ kann durch die Zahlungsbereitschaft der Mitglieder am ehesten erfasst werden.
- 2) Die Zahlungsbereitschaft der AK-Mitglieder für die Institution der Arbeiterkammer wurde aus der allgemeinen Präferenzäußerung für die AK berechnet (Zahlungsbereitschaftsanalyse). Mit der Zahlungsbereitschaft wird sowohl der wahrgenommene direkte, als auch der indirekte bzw. „externe Nutzen“, der durch die Folgewirkungen der Interessensvertretung entsteht, bewertet.

Die gesamtwirtschaftlichen Folgewirkungen (den „externer Nutzen“), die die Dienstleistungen der einzelnen Abteilungen v.a. im politischen Bereich nach sich ziehen, sind nur durch das Konzept Zahlungsbereitschaft zu eruieren, da hier unterstellt werden kann, dass die Befragten diese Wirkungen bei ihren Antworten mitberücksichtigen.

3.6 Weiterbildung als Erfolgsgarant - Vom Nutzen der Zusatzqualifikation



Schneider Friedrich und Dreer Elisabeth

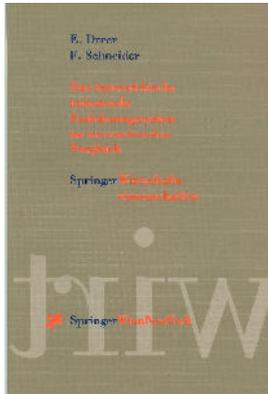
MANZ-Verlag, Wien, 1999

ISBN 3-214-08248-5

Weiterbildung auf allen Ebenen ist als strategischer Erfolgsfaktor für Unternehmen im Wettbewerb unbestritten. Die zunehmende Austauschbarkeit von Produkten führt dazu, dass die Qualität der Mitarbeiter und ihre Fähigkeit, zu lernen, sich zu entwickeln und neue Antworten auf Probleme und Herausforderungen zu finden, zu einem imitationsgeschützten Wettbewerbsfaktor wird.

Ziel des Buchs ist es, den Nutzen der Weiterbildung für die Unternehmen anhand konkreter Beispiele zu untersuchen. Die Messung des ökonomischen Wertes der Weiterbildung steht dabei im Vordergrund. Da der Nutzen der Weiterbildung nicht rein quantitativ zu erfassen ist, werden auch qualitative Indikatoren berücksichtigt. Die Untersuchung zeigte, dass zum einen die "Weiterbildungswilligkeit" der Mitarbeiter von den Vorgesetzten im Allgemeinen als Indiz für ihr Engagement und ihre Interesse am Beruf gewertet wird (das sich folglich auch in einer höheren Arbeitsplatzsicherheit niederschlägt), zum anderen wirkt sich das Gelernte auf die individuelle Produktivität aus, da diverse Aufgaben und Probleme kompetenter bewältigt werden können. Dieses Nutzenspektrum wird in diesem Buch untersucht.

3.7 Das österreichische industrielle Entlohnungssystem im internationalen Vergleich



*Dreer Elisabeth und Schneider Friedrich ,
Springer-Verlag, Wien New York, 1997
ISBN 3-211-83084-7*

Im Buch wird der Einfluss des Entlohnungssystems der österreichischen Industrie auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit beleuchtet. Die Untersuchung zeigt erhebliche Unterschiede in den Arbeitskosten und institutionellen Gegebenheiten der untersuchten Länder und weist auf notwendige und bereits erfolgte Reformmaßnahmen in Österreich hin. Detailliert eingegangen wurde auf die Neugestaltung des Biennalsystems für die Industriearbeitenden und die sich daraus ergebenden Veränderungen auf die Lebensincomeskurven. Da die Gewerkschaften eine Angleichung der kollektivvertraglichen Rechte von Arbeitern und Angestellten anstreben, wurden auch die Auswirkungen einer Übertragung des Biennalsystems auf die Arbeiter berechnet. Der internationale Vergleich der Tarifsysteme zeigt einige strukturelle Nachteile des österreichischen Systems.

Folgende Themen werden behandelt:

- Entwicklung der Entlohnung in der Industrie (Arbeiter und Angestellte)
- Biennialvorrückungen im Gehaltssystem der Industriearbeitenden (Vergleich altes - neues System)
- Auswirkungen der Anwendung des neuen Biennalsystems auf die Arbeiter
- Spezielle Aspekte des derzeitigen Entlohnungssystems (Ist-Lohnklausel, Lohnnebenkosten, Arbeitszeitflexibilisierung)
- Internationaler Vergleich der Entlohnung; Gehaltsvergleich am Beispiel eines Diplom-Ingenieurs

4 Veröffentlichte Artikel in Büchern und Zeitschriften

Die Zukunftsfähigkeit von Banken – Eine Bestandsaufnahme und Lösungsvorschläge

Brunhilde Schram, Elisabeth Dreer, in: CSR und Investment Banking
Investment und Banking zwischen Krise und Positive Impact, Karen Wendt (Hrsg.),
Springer Verlag 2015

Infrastruktur in Oberösterreich: Volkswirtschaftlicher Befund

Friedrich Schneider, Elisabeth Dreer, in: Future Business Austria, Infrastrukturreport 2015
Oberösterreich, 2015

Post 2012 – burden sharing der EU 27

Friedrich Schneider, Elisabeth Dreer, Robert Tichler, Horst Steinmüller, VEÖ Journal,
Österreichs Fachmagazin für Elektrizitätswirtschaft, Jänner 2009

Wirtschaftsfaktor Krankenhaus

Friedrich Schneider, Elisabeth Dreer, Werner Schöny, Stefan Horner, Gertraud Friebel, ÖKZ
49. Jg., 2008

Festschrift: Kosten und Nutzen von Schulen mit ganztägiger Betreuung (Übersicht über Ergebnisse aus 2 Studien),

Humankapital und Wirtschaftspolitik, Festschrift für Hans-Joachim Bodenhöfer, Hrsg. N.
Wohlgemut, Duncker & Humblot, Berlin 2006

Kosten und Nutzen von Schulen mit ganztägiger Betreuung - Volkswirtschaftliche Berechnungen am Beispiel des Bundeslandes Oberösterreich

Schul-Management, Oldenbourg, Schulbuch-Verlag, Februar 2005

Volkswirtschaftliche Beurteilung der Bioenergie-Strategien

Artikelserie: Nachhaltige Bioenergiestrategie für Österreich
VEÖ Journal, April 2003

Volkswirtschaftliche Analyse des Nutzens und der Kosten der Arbeiterkammern am Beispiel der AK OÖ

Wirtschaft und Gesellschaft, 28. Jahrgang (2002), Sonderheft

5 Studien und Forschungsprojekte

Seit Gründung des Forschungsinstituts für Bankwesen im Dezember 1997 wurden neben den veröffentlichten Studien zahlreiche nicht-veröffentlichte Auftragsforschungen für verschiedene Organisationen, Institutionen bzw. Unternehmen durchgeführt, die nachfolgend zitiert werden.

2016

„Maschinensteuer“ oder „Wertschöpfungsabgabe“ - Vor- und Nachteile

Schneider F. und Dreer E., 2016

Die Idee der "Wertschöpfungsabgabe" beruht auf der Umschichtung der Beitragsbasis für Sozialleistungen von der Lohn- und Gehaltssumme auf die (Brutto- oder Netto-) Wertschöpfung. Dadurch wird die Bemessungsgrundlage breiter und die Leistungsfähigkeit des Unternehmens wird "strukturneutraler" beansprucht, das heißt, sie ist nicht ausschließlich an den Produktionsfaktor Arbeit gekoppelt, wie es derzeit der Fall ist. Die Wertschöpfungsabgabe wird nicht als neue Steuer, sondern als eine aufkommensneutrale Alternative verstanden, die eine Entlastung des Produktionsfaktors Arbeit ermöglichen soll.

Zwischenbericht: Volkswirtschaftliche Analyse der Prävention von Burnout

Schneider F. und Dreer E., 2016

Diese Studie untersucht die Effizienz mentaler Maßnahmen zur Prävention von psychischen Belastungen, insbesondere von Stress und Burnout. Die Maßnahmen wurden bereits in 2 großen Konzernen in Linz durchgeführt. Die bisher vorliegenden Ergebnisse zeigen deutlich, dass MitarbeiterInnen von kurzen Trainings stark profitieren und die Burnout-Gefahr sinkt. Diese Form der Prävention wäre einfach umzusetzen und würde große volkswirtschaftliche Effekte nach sich ziehen.

Quantitative Bedeutung der Paragastronomie in fünf österreichischen Bundesländern

Schneider F. und Dreer E., 2016

In Österreich waren 2014 120.861 Vereine registriert. Sie werden oftmals als Konkurrenz zur Gastronomie angesehen, insbesondere wenn diese über Vereinsveranstaltungen/-feste und/oder über Vereinslokale der Gastronomie Umsätze entziehen (sog. Paragastronomie). Die gewerbliche Gastronomie unterliegt strengen steuerrechtlichen, gewerberechtlichen und sozialrechtlichen Auflagen. Gemeinnützige Vereine dagegen dürfen an drei Tagen im Jahr ohne Gewerbeberechtigung, ohne Konzession und ohne Anmeldung von Personal, Veranstaltungen abhalten. Gemeinnützige Vereine können Veranstaltungen - beispielsweise „kleine Vereinsfeste“ - als „entbehrlicher Hilfsbetrieb“ veranstalten. Für kleine Vereinsfeste müssen zwar gewisse Voraussetzungen kumulativ erfüllt sein (z.B., dass das Fest ausschließlich von Vereinsmitgliedern getragen wird); die Zahl der Besucher ist jedoch unerheblich. Dies gilt z.B., wenn ein Faschingsball und ein Sommerfest, im Herbst eine Hundertjahrfeier und ein Nikolokränzchen veranstaltet werden, dann sind alle Einnahmen dem entbehrlichen Hilfsbetrieb zuzurechnen und folglich umsatzsteuerbefreit.

Da die Frage der Konkurrenzsituation und die Frage der Größenordnung der „entgangenen Umsätze“ nicht aus vorhandenen Statistiken erhoben werden können, wird in der vorliegenden Studie eine Befragung der Bevölkerung in 5 maßgeblichen Bundesländern (Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark, Burgenland und Kärnten) durchgeführt.

Wohnbauoffensive mit marktwirtschaftlichen Mitteln

Schneider F. und Dreer E., 2016

Eine von Exporten und Importen weitgehend unabhängige Wohnbauoffensive ist insbesondere in Zeiten des schwachen Wirtschaftswachstums eine interessante wirtschaftspolitische Option. Der Gesetzgeber sollte seine Rolle am Immobilienmarkt nutzen, um eine Wohnbauoffensive sowohl aus konjunkturellen Gründen, als auch im Hinblick auf die Leistbarkeit des Wohnens zu forcieren, denn die Kosten für Wohnen sind in Österreich in den vergangenen fünf Jahren stärker gestiegen als die Inflation oder die Einkommen.

Die Studie hat zum Ziel, die volkswirtschaftlichen Effekte einer Wohnbauoffensive (Bau von 5.000 bis 7.000 Wohnungen p.a.) zu berechnen, die über 5 Jahre mit Investitionsanreizen vom Gesetzgeber induziert werden soll.

Die Energie AG als Wirtschaftsfaktor in (Ober-) Österreich: Eine Wertschöpfungsanalyse

Schneider F. und Dreer E., 2016

In der Studie wird die volkswirtschaftliche Bedeutung der Energie AG für Österreich und für Oberösterreich gezeigt. Mit Hilfe eines ökonometrisch geschätzten Simulationsmodells für (Ober-) Österreich werden zwei Simulationen erstellt, nämlich eine Simulation mit und eine Simulation ohne die Energie AG. Aus der Differenz dieser beiden Simulationen können sämtliche Multiplikator- und Wertschöpfungseffekte, die die Energie AG durch ihre Tätigkeit erzeugt, abgebildet werden. Sie werden in Form von zusätzlichem (ober-) österreichischen BIP, zusätzlichem Masseneinkommen und zusätzlichen Beschäftigten dargestellt. In den Abbildungen 1 und 2 werden die durchschnittlichen volkswirtschaftlichen Effekte, die durch die Energie AG in den Geschäftsjahren 2011/12 bis 2014/15 entstanden, gezeigt. In den Abbildungen 3 und 4 werden die aggregierten Effekte über diesen Zeitraum dargestellt.

Die Spielsaisonen 2012/13 und 2013/14 der OÖ Theater, inkl. Musiktheater Linz: Eine volkswirtschaftliche Analyse über die Wertschöpfung in Oberösterreich

Schneider F. und Dreer E., 2016

Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der OÖ Theater- und Orchester GmbH (TOG), inkl. Musiktheater, welches am 11. April 2013 eröffnet wurde, ergibt sich nicht nur aus ihrem Geschäftszweck eines Dienstleistungsbetriebs im Hochkulturbereich, sondern auch als Wirtschaftsfaktor für die Region. Auch wenn man den "Produktivfaktor" Kultur nicht bzw. nicht nur in ökonomischen Einheiten quantifizieren kann und soll, ist dessen Bedeutung für die regionale Wirtschaft beachtenswert.

2015

Die Neuordnung des österreichischen Finanzausgleichs – Ein radikal einfacher Vorschlag

Schneider F. und Dreer E., 2015

Ausgehend von einer allgemeinen Erörterung des vertikalen Finanzausgleichs wird in der Studie ein Modell eines neuen vertikalen Finanzausgleichs vorgeschlagen. Der Finanzausgleich NEU ersetzt die bisherige, nach einem komplexen Regelwerk bestimmte Verteilung der Bundesabgaben und der Zweckzuweisungen und Zuschüsse und weist eine Reihe von Vorteilen auf, die in der Studie dargestellt werden.

Dezentrale Verwaltung von Bundesdienststellen – ein Vorschlag

Schneider F. und Dreer E., 2015

Die Studie wurde im April 2016 bei einer IWS-Enquete zur Dezentralisierung mit Georg Keuschnigg (Österreichisches Föderalismusinstitut), Gottfried Kneifel (IWS-Geschäftsführer), Albert Füracker (Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Finanzen) und Elisabeth Dreer vorgestellt.

Volkswirtschaftliche Analyse der Investitionen in den Straßenbau in Oberösterreich

Schneider F. und Dreer E., 2015

Die Studie wurde bei einer Pressekonferenz am 1. Juni 2015 im Landhaus vorgestellt. In dieser Studie wird eine volkswirtschaftliche Analyse der Wertschöpfung der Straßenbauinvestitionen in Oberösterreich erstellt.

Wirtschaftsfaktor Therme Meran: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Therme Meran von 2006 bis 2014

Schneider F. und Dreer E., 2015

Die Studie wurde am 26. Oktober 2015 bei einer Pressekonferenz in Meran vorgestellt. Insgesamt wurden in den vergangenen neun Jahren 302,7 Mio. Euro an wertschöpfungsrelevantem Aufwand aus dem laufenden Betrieb der Therme Meran

generiert. Diese entstehen durch die Konsumausgaben der Beschäftigten, durch die laufenden Sachausgaben für den Betrieb der Therme und den Ausgaben der Gäste. Diese Ausgaben sind gleichzeitig Einnahmen von regionalen Betrieben, die (re-) investiert oder für Konsum verwendet werden und weitere Kreislaufeffekte nach sich ziehen.

Wirtschaftsfaktor Bank: Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Allgemeinen Sparkasse Oberösterreich AG von 2005 bis 2014

Schneider F. und Dreer E., 2015

Die Studie wurde am 15. Juli 2015 bei einer Pressekonferenz vorgestellt. Die regionalwirtschaftliche Bedeutung einer Bank ergibt sich nicht nur aus ihrem Geschäftszweck eines Dienstleistungsbetriebes, sondern auch als Wirtschaftsfaktor für die Region. Der Wirtschaftsfaktor Bank wird gemessen an der räumlich differenzierten Analyse der Zahlungsströme, die mit dem laufenden Geschäftsbetrieb (Personal- und Sachaufwand) und den Investitionen verbunden sind. Aus den Aufwendungen wird der regionale Anteil, d.h. der Anteil, der auf Oberösterreich entfällt, herausgerechnet. Von diesem werden dann die regionalen Wertschöpfungseffekte berechnet. Dazu werden die Multiplikatoren aus dem Modell MOVE2 angewandt.

Die Bundesländer Oberösterreich und Wien sowie die übrigen sieben im Kennzahlenvergleich über 2012 bis 2014

Schneider F. und Dreer E., 2015

Die Zusammenstellung ausgewählter Indikatoren aus den Bereichen Allgemeines, Wirtschaft, Zukunftsfähigkeit, Soziales und Bildung und Verwaltung für die Bundesländer Oberösterreich und Wien soll anhand wichtiger statistischer „Benchmarks“ die ungefähre Positionierung der Regionen aufzeigen.

Volkswirtschaftliche Analyse der Aktivitäten der WKO: Erfassung und monetäre Bewertung der Leistungen der Landeskammern und der Dachorganisation (WKÖ) der Wirtschaftskammer Österreich

Schneider F. und Dreer E., 2015

Die Studie verfolgt das Ziel, eine umfassende volkswirtschaftliche Analyse der Leistungen der Wirtschaftskammer für 2013 durchzuführen. Die Wirtschaftskammer besteht aus 9 Landeskammern und einer Dachorganisation (WKÖ). Eine umfassende Bewertung der Wirtschaftskammer ist aufgrund der Komplexität der Aufgabenbereiche der Kammer nicht möglich. In der Studie wurde auf das Studiendesign, das für die Landeskammer OÖ verwendet wurde, zurückgegriffen und dieses wurde dann adaptiert bzw. erweitert.

2014

Der Stellenmarkt in Oberösterreich: Analyse der Stellenanzeigen in zwei oö Printmedien

Schneider F. und Dreer E., 2014

Für die Studie wurden über einen Zeitraum von 32 Wochen die Stellenanzeigen der Oberösterreichischen Nachrichten (Karriere & Bildung der OÖN) und der Kronen Zeitung (Karrierepool der KZ) ausgewertet (Mitte Nov. 2013 – Juni 2014). Insgesamt wurden 3.733 Stellenanzeigen mit 7.367 Stellenangeboten untersucht (eine Stellenanzeige kann mehrere Stellenangebote umfassen).

Das neue Musiktheater in Linz: Steuer- und Sozialversicherungsleistungen durch direkte Effekte (Kurzstudie)

Schneider F. und Dreer E., 2014

In der Studie wurden die direkten Effekte und die indirekten Wertschöpfungseffekte berücksichtigt, die durch die Investitionen in die Errichtung des Hauses und durch den laufenden Betrieb entstehen. In dieser Zusammenstellung wurden lediglich die direkten Steuereffekte berücksichtigt, jene durch die Multiplikator- bzw. Wertschöpfungseffekte kommen noch hinzu.

Erfassung und monetäre Bewertung der Leistungen der Wirtschaftskammer Oberösterreich für 2012

Schneider F. und Dreer E., 2014

Mit der Studie wird das Ziel verfolgt, eine umfassende volkswirtschaftliche Analyse der Leistungen der Wirtschaftskammer Oberösterreich für 2012 durchzuführen. Der genaue Projektinhalt orientiert sich an der Studie von 2010.

Wirtschaftsfaktor Krankenhaus: Die regionalwirtschaftliche Bedeutung eines Krankenhauses am Beispiel des LKH Rohrbach, OÖ (Artikel)

Ein Krankenhauswesen ist nicht nur ein Kostenfaktor, es belebt auch die (regionale) Volkswirtschaft.

2013

Volkswirtschaftliche Analyse eines rechtzeitigen Erkennens von Burnout

Dreer E. und Schneider F., 2013

Die volkswirtschaftlichen Kosten sind umso höher, je später der Diagnosezeitpunkt ist. Dies zeigen die Berechnungen für die drei Verlaufsszenarien von Burnout deutlich. Ein früher Diagnosezeitpunkt dämpft die volkswirtschaftlichen Kosten von Burnout entscheidend. Noch besser, und in der Folge billiger, sind selbstverständlich präventive Maßnahmen und Bewusstseinsbildung für das Thema Burnout und seine Konsequenzen.

Ein „Transferkonto“ für Oberösterreich

Dreer E. und Schneider F., 2013

In dieser Studie wurde versucht, das Steueraufkommen des Bundeslandes Oberösterreichs aufzuzeigen, sowie diesem Steueraufkommen die Zahlungen aus dem Finanzausgleich an das Land und die Gemeinden gegenüberzustellen (Transferkonto). Es werden einige der bedeutendsten Zahlungsströme aufgelistet, um festzustellen, in welchem Umfang Oberösterreich die anderen Bundesländer bzw. die Bundesebene „mitfinanziert“.

Die Neuordnung des österreichischen Finanzausgleichs – Ein radikal einfacher Vorschlag

Dreer E. und Schneider F., 2013

In der Studie wird speziell auf die vertikale Verteilung der Abgabenerträge eingegangen. Das Ziel dieses Beitrages besteht darin, einen neuen vertikalen Finanzausgleich in zwei Varianten vorzustellen, der *operational ist und einfach umzusetzen* wäre.

Das neue Musiktheater in Linz: Volkswirtschaftliche Analyse von der Errichtung bis zur Nutzung

Dreer E. und Schneider F., 2013

Am 11. April 2013 wurde das neue Musiktheater eröffnet. Bereits 2005 wurde eine Studie über die erwartete Umwegrentabilität des Musiktheaters erstellt. Da sich jedoch während der Errichtungsphase zwischen 2006 bis 2013 sowohl bei der Errichtung, als auch in der gesamten Konzeption des Musiktheaters sehr viel geändert hat, wurde eine aktuelle Studie über die Wertschöpfung des Musiktheaters erstellt.

Volkswirtschaftliche Analyse der Wertschöpfung des neuen Grand Casinos Wien

Dreer E. und Schneider F., 2013

Mit der beantragten Konzession für das neu zu errichtende Grand Casino Wien im Palais Schwarzenberg intendierte der in der Schweiz etablierte Mutterkonzern Stadtcasino Baden AG eine neue Premium-Marke auf dem Österreichischen Glücksspielmarkt zu etablieren. In der Studie stehen die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Investitionen in das Casino und jene der Folgewirkungen durch den Betrieb und durch die Besucher im Vordergrund.

Volkswirtschaftliche Effekte der AirPower11: Vergleich der Ergebnisse aus den Angaben des österr. Bundesheeres, der Studie von Fördös und Seelmann (2011) und den eigenen Berechnungen

Dreer E. und Schneider F., 2013

Die Großveranstaltung „AirPower“ ist eine zweitägige Flugshow, die idR alle zwei Jahre am Fliegerhorst Hinterstoisser in Zeltweg (Steiermark) bei freiem Eintritt durchgeführt wird. Die

Studie hat zum Ziel, die volkswirtschaftlichen Effekte, die durch die AirPower entstehen, zu quantifizieren. Dazu werden die „offiziellen“ Angaben des Veranstalters (österr. Bundesheer) mit den Ergebnissen der Studie von Fördös A. und Seelmann H. („Wirtschaftliche Bedeutung der AirPower 2011“) und den eigenen Berechnungen verglichen.

2012

Verstärkte Investitionen in frühkindliche Bildung: Kosten und Nutzen für Oberösterreich

Dreer E. und Schneider F., 2012

Die Langfassung der Studie „Verstärkte Investitionen in frühkindliche Bildung: Nutzen und Kosten für Oberösterreich“ hat zum Ziel, die Effekte von zusätzlichen Investitionen in frühkindliche Bildung umfassend zu beleuchten. Diese Studie wurde als Buch mit gleichnamigen Titel im Trauner-Verlag veröffentlicht.

Volkswirtschaftliche Analyse der Aktivitäten der Wirtschaftskammer Kärnten: Analyse des Marktwerts der erbrachten Leistungen und Quantifizierung der wirtschaftspolitischen Leistungen im Jahr 2011

Schneider F. und Dreer E., 2012

Die Studie hat zum Ziel, die Aktivitäten der WK Kärnten zu untersuchen und zu bewerten. Die Leistungen der Kammer ergeben sich einerseits durch die geleistete Arbeit (Arbeitszeit) und andererseits durch ihre interessenspolitischen Erfolge auf überbetrieblicher Ebene.

Wertschöpfungsanalyse Scalaria Air Challenge – Bedeutung der Scalaria Air Challenge im Bereich Wertschöpfung und Nachhaltigkeit für den Wolfgangsee, das Salzkammergut, das Land Oberösterreich und das Land Salzburg

Schneider F. und Dreer E., 2012

Ziel der Studie ist eine regionalwirtschaftliche Analyse der Großveranstaltung „Scalaria Air Challenge“ am Wolfgangsee für 2011. Ein Großevent zieht Touristen und Einheimische an, die Ausgaben in der Region tätigen. Diese spielen für eine Fremdenverkehrsregion eine

wichtige Rolle. Sowohl Tagesgäste, als auch Übernachtungsgäste tragen mit ihren Ausgaben zur regionalen Wertschöpfung bei.

2011

Bankspezifische Detailstudie für die RLB OÖ: Volkswirtschaftliche Effekte der CSR-Aktivitäten für OÖ

Schneider F. und Dreer E., 2011

In der Studie wird die MitarbeiterInnenstruktur aus CSR-Sicht analysiert und es werden die volkswirtschaftlichen und ökologischen Effekte der CSR-Aktivitäten der RLB OÖ näher beleuchtet.

Erfassung und monetäre Bewertung der Leistungen der Wirtschaftskammer Oberösterreich für 2010

Schneider F. und Dreer E., 2011

Nach 2003 und 2008 hat die WKO Oberösterreich auch im Jahr 2011 die Leistungen der WKO Oberösterreich für ihre Mitgliedsbetriebe monetär bewerten lassen.

Corporate Social Responsibility (CSR) im oberösterreichischen Bankensektor: Ein Bankenvergleich

Schneider F., Dreer E. und Eyett D., 2011

In der Studie werden (a) CSR-Aktivitäten der oberösterreichischen Banken untersucht und (b) die Wahrnehmung dieser Aktivitäten von Seiten der Firmenkunden aufgezeigt. Gezeigt wird, welche „nachhaltigen“ (im Sinn von CSR-relevanten) Aktivitäten von den Banken durchgeführt werden und welche Bedeutung dies für die (Firmen-) Kunden hat.

Bewertung von 6 ausgewählten Maßnahmen im Rahmen der „Volkswirtschaftlichen Analyse des Maßnahmenprogramms „Energiezukunft 2030 der oberösterreichischen Landesregierung“

Schneider F. und Dreer E., 2011

In der Bewertung erfolgte eine komparativ-statische Analyse der einzelnen Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt der Berechnung der "betriebswirtschaftlichen Kosten" (Investitions- und Betriebskosten) und des Energieverbrauchs.

2010

Buchkonzept: Kultur in Linz – Was bringt's?

Schneider F. und Dreer E., 2010

Weiters wurde ein Buchkonzept im Nachhall für Linz09 erstellt, das die bereits fertig gestellten Studien zum Themenkreis „Ökonomische Effekte der Kultur in OÖ“ umfasst.

2008

Nutzen der Schuldenberatung für die Gläubiger

Schneider F. und Dreer E., 2008

In der Studie stehen nicht die „Konsumenten“ der Schuldenberatung, also die überschuldeten Personen, sondern die Gläubiger bzgl. ihres Nutzens durch die Dienstleistung „Schuldenberatung“ im Fokus. Die Gläubiger sind im Rahmen der Schuldenbetreuung von Kreditforderungen mit KlientInnen konfrontiert, die teilweise von einer Schuldenberatung betreut werden. Ziel dieser Studie ist es, die Rolle der Schuldenberatung für die Gläubiger zu beleuchten und den Nutzen für die Gläubiger zu untersuchen.

Post 2012 – burden sharing in der EU 27

Dreer E. 2008

Ziel der Studie war es zu hinterfragen, in welcher Form die definierte Treibhausgasreduktion von 20% gegenüber dem Jahr 1990 in den 27 Staaten der Europäischen Union umgesetzt werden könnte und welche Sektoren bzw. Branchen davon besonders betroffen wären.

Monetäre Bewertung der Wirtschaftskammer Oberösterreich

Schneider F und Dreer E., 2008

Ziel der Studie ist die Quantifizierung des monetären Werts der Leistungen der WKOÖ. Diese Studie wurde als Weiterentwicklung zur Studie aus dem Jahr 2003 durchgeführt und wird nur in den wesentlichen Ergebnissen hier gezeigt. Die Studie wurde im Oktober 2008 in der WK OÖ präsentiert.

2007

Volkswirtschaftliche Analyse der Landes-Nervenklinik Wagner Jauregg

Schneider F. und Dreer E., 2007

In der Studie wurden die volkswirtschaftlichen Effekte, die durch ein Krankenhaus - und zwar durch die Landesnervenklinik Wagner Jauregg - entstehen, untersucht. Nicht berücksichtigt wurden die sonstigen Steuerrückflüsse aus Mehrwertsteuereinnahmen (u. sonst. indirekte Steuern) beim Konsum. Diese vielfältigen ökonomischen Auswirkungen wurden in der Studie in einem ersten Ansatz bewertet.

Die bauliche Erweiterung des Palais Kaufmännischer Verein: Kosten und Nutzen

Schneider F. und Dreer E., 2007

In der Generalversammlung des Kaufmännischen Verein (KV) im Dezember 2006 wurde der Zubau zum Palais, die Errichtung einer Tiefgarage unter dem gesamten Gelände und die Neuerrichtung der Gastronomie beschlossen.

Durch den Ausbau erwartet man sich eine bessere Kapazitätsauslastung durch die höhere Besucherkapazität und zusätzliche Veranstaltungen in den neuen Räumlichkeiten. Die zusätzlich erwarteten Einnahmen wurden in der Studie bewertet und ergeben in Summe rund 176.000 Euro pro Jahr.

2006

Internetrecherche zu (postgradualer) Weiterbildung im Energiebereich

Dreer E., 2006

Die Internetrecherche gibt eine Übersicht über die (postgraduale) Weiterbildung im Energiebereich im deutschsprachigen Raum und wurde im Sinn einer Wettbewerberanalyse vor der Konzeption des Lehrgangs für Energiemanagement (siehe Kapitel 8) erstellt.

Die Quantifizierung der Geldwäsche - Eine Betrachtung und Analyse der Schätzmethoden über das weltweite Geldwäschevolumen

Schneider F. und Dreer E., Riegler W., 2006

Die Studie wurde in überarbeiteter Form im Gabler-Verlag veröffentlicht (vgl. Abschnitt 2.2).

2005

Volkswirtschaftliche Analyse der Umwegrentabilität des geplanten Musiktheaters (Blumauerplatz)

Schneider F. und Dreer E., 2005

Ziel der Studie ist eine volkswirtschaftliche Analyse der Umwegrentabilität des neuen Musiktheaters und eine Erhebung der Bereitschaft sowohl der Bevölkerung als auch der (Groß-) Unternehmen, für den Betrieb des neuen Hauses zusätzliche Steuermittel zu Verfügung zu stellen. Die Ergebnisse der Studie beruhen auf zwei repräsentativen Befragungen des market Marktforschungsinstituts der oö Bevölkerung ab 18 Jahren (n = 1.500) einerseits und der (Groß-) Unternehmen in OÖ (n = 201) andererseits (06/07 2005).

Untersuchung des Meldewesens in Slowenien und in der Slowakei

Studie im Auftrag von Smart Stream Wien, Schneider F. und Dreer E., 2005

Untersucht wurde die Festlegung der Meldebehörden, die Art der Meldung, die Übertragungsstandards für Banken, die Formulare zur Meldung der Kapitaladäquanz. Ebenso wurde eine Übersicht über die Finanzinstitute der Länder gegeben.

2004

Nutzen der Weiterbildung in Oberösterreich

Schneider F. und Dreer E., 2004

In der Studie werden die Weiterbildung in (Ober-) Österreich generell und die Bildungsaktivitäten der Arbeiterkammer Oberösterreich (AK OÖ) speziell untersucht. Mit diesen Themen verbunden ist die Analyse der Kosten der Weiterbildung, sowie die Frage, wovon ein Kursbesuch für den Einzelnen abhängt. Ob sich Weiterbildungsaktivitäten auch auf das Einkommen auswirken, wird abschließend untersucht. Diese Studie wurde im Trauner-Verlag unter dem Titel „Weiterbildung in Oberösterreich im Rahmen der AK OÖ-Bildungsoffensive. Eine volkswirtschaftliche Analyse“ veröffentlicht.

Was bringt die Wirtschaftskammer OÖ? Erfassung und monetäre Bewertung der Leistungen der Service-Bereiche und der Interessensvertretung der Wirtschaftskammer OÖ

Schneider F. und Dreer E., Februar 2004 (Studienabschluss 2003)

Ziel der Studie ist eine detaillierte Analyse der Leistungen der Wirtschaftskammer Oberösterreichs (WK OÖ). Hierbei werden insbesondere zwei Kernbereiche analysiert: Einmal der gesamte Servicebereich und zum anderen der Bereich der Interessensvertretung der Wirtschaftstreibenden. Schwerpunkt der Untersuchung sind nicht nur die betriebswirtschaftlich eindeutig messbaren Leistungen (hier insbesondere im Servicebereich) sondern auch die überbetrieblichen Leistungen, die aufgrund des aktiven Wirkens der WK für OÖ entstehen.

Volkswirtschaftliche Effekte durch den (beschleunigten) Ausbau der Bahnstrecke Summerau - Spielfeld/Strass

Schneider F. und Dreer E., Februar 2004

Ziel dieser Studie ist es, die notwendigen Ausbaumaßnahmen der Nord-Süd-Verbindung für den kombinierten Verkehr, insbesondere für internationale Transporte, aufzuzeigen und die durch den Ausbau induzierten Effekte für die Wirtschaft und die Umweltsituation zu quantifizieren.

Kosten und Nutzen von Schulen mit ganztägiger Betreuung - Volkswirtschaftliche Berechnungen am Beispiel von Oberösterreich

Schneider F. und Dreer E., Februar 2004

Die Studie hat zum Ziel den Nutzen von Schulen, die eine ganztägige Betreuung anbieten, zu durchleuchten. Erfasst werden dabei alle beteiligten Akteure: Kinder, Eltern, Lehrer/Betreuer, Unternehmen, öffentliche Hand/Steuerzahler.

2002

Quantitative und qualitative Bewertung der Leistungen der Arbeiterkammer OÖ

Schneider F. und Dreer E., Februar 2002

Ziel der Studie war eine umfassende Untersuchung der Serviceleistungen der AK nach den Präferenzen der Mitglieder. Dazu wurde eine repräsentative Befragung durchgeführt und die Präferenzäußerungen in eine monetäre Größe, nämlich die Zahlungsbereitschaft, transferiert. Die Studie wurde unter dem Titel „Die Zahlungsbereitschaft der Mitglieder für die Arbeiterkammer Oberösterreich“ wurde im Trauner-Verlag veröffentlicht.

Objektivierung der Bankkennzahlen

Schneider F. und Dreer E., Februar 2002

In der Studie wird eine vergleichende Analyse der Wettbewerbsfähigkeit von ausgewählten oberösterreichischen Banken durchgeführt, um damit die regionale Position der einzelnen Banken darzustellen.

2001

Eine volkswirtschaftliche Analyse des Nutzens und der Kosten der Arbeiterkammer Oberösterreich

Schneider F. und Dreer E., Februar 2001

Die Studie wurde unter dem gleichnamigen Titel im Trauner-Verlag veröffentlicht.

Literaturstudie - Investment Research: Identifikation von Wirtschafts- und Finanzindikatoren für die Entwicklung eines makroökonomischen Modells für das Asset Management

Schneider F. und Dreer E., Oktober 2001

Die Literaturstudie zeigt, welche Indikatoren eine Bedeutung für das Investment-Research haben.

2000

Strategie für eine nachhaltige Biomassenutzung in Österreich – eine volkswirtschaftliche Analyse

Schneider F. und Dreer E., Oktober 2000

Die derzeitigen Marktpreise für konventionelle Energieträger berücksichtigen nicht alle volkswirtschaftlich relevanten Kostenbestandteile. Jene Kostenbestandteile, die auf die Allgemeinheit oder auf unbeteiligte Dritte umgewälzt werden, werden als externe Kosten bezeichnet. Durch die fehlende Internalisierung dieser externen Kosten ist der Marktmechanismus zu Ungunsten erneuerbarer Energieträger gestört, so dass keine optimale gesellschaftliche Allokation zwischen knappen Ressourcen zu konkurrierenden Energieträgern stattfindet. Die im Vergleich zu fossilen Energieträgern sehr geringen Treibhausgasemissionen (CO₂-Neutralität), die anpassbare Leistungsabgabe und die prinzipielle Verfügbarkeit von Biomasse in Österreich sind wesentliche Argumente, diesen heimischen Energieträger verstärkt zur Energieproduktion einzusetzen. Die Nutzung eines im Inland verfügbaren Rohstoffes bringt zudem entscheidende Vorteile für die heimische Volkswirtschaft. Diese werden in der Studie untersucht.

Performance Presentation Standards – Current Situation and Trends

Master Thesis, Postgraduate Program in Banking and Finance, DU Krems, Dreer E., Oktober 2000

In the paper some key facts about PPS will be presented. The main interest lies in the German version of PPS (DVFA-PPS), because of the greater relevance for the Austrian market. First, some stylised facts about the development of PPS and their main representatives (AIMR-PPS; GIPS, DVFA-PPS) are presented. The next chapter stresses the main features of DVFA-PPS. Main points are the building of composites, performance

calculation, performance presentation, risk measures and a comparison between DVFA-PPS, AIMR-PPS and GIPS. The following chapter gives an impression about the acceptance and the use of PPS in the US, in Europe and in Austria as a special case. The Austrian results derive from a survey conducted between July and August 2000, in which 15 Austrian investment firms were examined (8 responses). The survey is based on the US and the European Survey of PriceWaterhouseCoopers to examine the trends in Performance Presentation Standards.

Volkswirtschaftliche Effekte durch Private Equity der Raiffeisenlandesbank OÖ und der Invest AG in Österreich

Schneider F. und Dreer E., April 2000

Die Studie zeigt das Beteiligungsvolumen der Raiffeisenlandesbank OÖ und ihrer Tochter, der Invest AG. Es wird auf die einzelnen Unternehmensbeteiligungen eingegangen: Die "Chancenkapital"-Beteiligungen der Invest AG, die direkten Beteiligungen der RLB OÖ und die "Besserungskapital"-Beteiligungen werden charakterisiert. Darüber hinaus wurden die Kapitalstruktur der Betriebe, sowie die Rentabilität der Betriebe aufgezeigt. Anschließend werden die volkswirtschaftlichen Effekte gezeigt, die durch diese Firmen für die (ober-)österreichische Wirtschaft entstehen.

1999

Untersuchung der Finanzierungssituation der kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) in OÖ und die daraus ableitbaren Anforderungen an die Bank

Schneider F. und Dreer E., November 1999

Ziel der Studie ist es, die Finanzierungsproblematik von KMU's zu untersuchen und Möglichkeiten für eine zukünftige Schwerpunktsetzung der Bank für eine Zusammenarbeit mit Firmenkunden herauszufiltern.

Analyse der bestehenden Reklamationssysteme für Privat- und Firmenkunden von Banken

Schneider F., Dreer E. und Hofer T., September 1999

Ziel dieser Arbeit ist eine detaillierte Analyse der bestehenden Reklamationsmechanismen in Banken. Da empirische Studien speziell für den Bankbereich nur vereinzelt publiziert wurden, wurde die Untersuchung auf den Dienstleistungssektor ausgedehnt, da diese Ergebnisse auch auf Banken als Dienstleister übertragbar sind.

Eine volkswirtschaftliche Analyse der Kreditbesicherung für oberösterreichische Unternehmen durch die OÖ Kreditgarantie-Gesellschaft (OÖKGG)

Schneider F. und Dreer E., Juni 1999

Die ursprüngliche Aufgabe der OÖ KGG war die Übernahme von Bürgschaften für Kredite, für die keine ausreichenden Sicherheiten vorlagen (Bürgschaftsquote i.d.R. 70%). Eine wesentliche Erweiterung des Geschäftsfeldes fand im Jahr 1992 statt, in dem die sogenannte Konsolidierungsaktion ins Leben gerufen wurde. Die Konsolidierungsaktion hat zum Ziel, Unternehmen, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind, umfassend zu unterstützen. Diese beiden Aktionen stehen im Zentrum der Analyse, da durch diese beiden Aktionen, Kredite an Unternehmen vergeben wurden, die ohne die Bürgschaftsübernahme der OÖ KGG nicht in die Wirtschaft geflossen wären.

Privatisierung und Deregulierung in Österreich in den 90er Jahren: Stillstand oder Fortschritt?

Schneider F. und Dreer E., Mai 1999

Die vorliegende Untersuchung zeigt, dass einiges in den Bereichen Privatisierung und Deregulierung in Österreich in den 90er Jahren geschehen ist, so dass die Frage „Stillstand oder Fortschritt?“ sich eher mit „Fortschritt“ beantworten lässt. Auf der anderen Seite zeigt die Studie auch, dass gegen Ende der 90er Jahre noch ein beträchtliches Privatisierungspotential bei Bund, Ländern und Gemeinden vorhanden ist.

1998

Der Nutzen der Weiterbildung: Untersuchung der volkswirtschaftlichen Effekte von Weiterbildungsangeboten der Wirtschaftsförderungsinstitute (WIFIs) in Österreich

Schneider F. und Dreer E., Oktober 1998

Die Studie wurde unter dem Titel „Weiterbildung als Erfolgsgarant – Vom Nutzen der Zusatzqualifikation“ im Manz-Verlag veröffentlicht.

Besteuerung von Unternehmensgewinnen im internationalen Vergleich und ein Vorschlag zur Reform der Unternehmensbesteuerung in Österreich

Schneider F., Dreer E. und Leitner G., Oktober 1998

Im Teil 1 der Studie wird eine Übersicht über die internationalen Steuersysteme und ihre Veränderungen im Hinblick auf die zunehmende globale und die Europäische Integration gegeben und speziell auf die Situation in Österreich eingegangen. Der Reformvorschlag wird detailliert im Teil 2 der Studie dargestellt.

6 Betreuung von wissenschaftlichen Arbeiten

Im Rahmen der Universitätslehrgänge für Finanzmanagement und real estate finance wurden folgende Master-Thesen begutachtet (siehe 8. Kapitel).

Tabelle 2: Master Thesen des FM-LG XVIII und ref-LG I – 2017

MASTER-THESIS THEMA – FML XVIII	Name
Leasing als Finanzierungsalternative zu Barkauf und Kredit	Einheimler Peter
Strategische Asset Allocation	Friesenecker Johannes
Corporate Governance in Non-Profit-Organisationen	Ganster Jürgen
Liquidiäts- und Cash Management in Handelsunternehmen	Hölmüller Martin
Chancen und Risiken bei der Fusion von Regionalbanken am Beispiel der Firmenkundenbetreuung im Raiffeisensektor	Kaiser Helmut
Produktmanagement allgemein und in Banken anhand des Praxisfalls Gehaltskonto	Kastler Daniel
Fundamentale Unternehmensbewertung eines börsennotierten Unternehmens anhand der Voestalpine AG	Miesenberger Johannes
Delisting an der Wiener Börse	Sestak-Kradi Jana
Bonitätsprüfung von KMUs aus Bankensicht Ex-Ante-Risikosteuerung	Ziomek Manuel

MASTER-THESIS THEMA – ref I	Name
Auswirkungen einer innerstädtischen Fußgängerzone auf Nutzungsmöglichkeiten der betroffenen Liegenschaften	Brandstettner Karin Edith
Risikominimierung bei Immobilienfinanzierungen aus Sicht der Bank	Bremstaller Natalie
Mezzanine Immobilienfinanzierung	Brunnmayr Eva
Immobilienrating als Risikosteuerungstool für Kreditinstitute	Hagenauer Christian
Immobilieninvestmentmarkt in Österreich: Ballungsräume vs. ländlicher Raum	Hofmayr Stefan
Immobilienbewertung und -bilanzierung vor dem Hintergrund des IFRS und UGB	Kohberger Konstanze
(Immobilien)Sachverständigenwesen in Österreich im Vergleich mit anderen Ländern (Großbritannien, Frankreich, Deutschland) und die damit verbundene Thematik „Marktwert versus Beleihungswert“	Krenn Milan
Instrumente des Immobilienmarketings	Nacova Anica
Bewertung von Industrieliegenschaften unter Berücksichtigung von ökologischen Lasten	Rosner Manfred
Bewertung von Baurechten und Superädifikaten	Saminger Tina
Auswirkungen des Zinssatzes für Hauptrefinanzierungsgeschäfte auf Fremdenverkehrsinvestitionen (Hotelgebäude) in Österreich durch mittelständische Investoren	Schreiner Helmut
Immobilienrenditebeeinflussung durch Richtwertmieten Darstellung anhand einer Immobilien im 20. Wiener Gemeindebezirk	Seifried Christine
Instrumente des Immobilienmarketings Marketingstrategie einer premium Wohn-Geschäftsimmoblie im Linzer Kerngebiet	Stummer Claudia

7 Kooperationen

7.1 Wissenschaftspreis der Raiffeisenlandesbank OÖ



Die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich schreibt zur Förderung Studierender und WissenschaftlerInnen der Johannes Kepler Universität Linz den Raiffeisen Wissenschaftspreis aus, in dessen Rahmen insgesamt bis zu 5 Preise vergeben werden. Es können Arbeiten aus allen Fakultäten eingereicht werden, die eine bank-, geld- oder kreditspezifische Bedeutung haben. Dissertationen beziehungsweise Ph.D.-Arbeiten werden

mit 3.000 Euro, andere wissenschaftliche Arbeiten mit 2.000 Euro prämiert.

Voraussetzung für die Einreichung ist die Inskription an der Johannes Kepler Universität Linz. Eingereicht werden können alle Arbeiten, die mit „Sehr gut“ beurteilt wurden oder in wissenschaftlichen Journalen der Kategorie A oder B publiziert wurden.

Insgesamt wurden 2017 19 Arbeiten für den Raiffeisen Wissenschaftspreis eingereicht. Darunter waren 1 Habilitation, 7 Dissertationen, 6 Diplomarbeiten und 5 Publikationen in wissenschaftlichen Journals. Die von der Jury ausgewählten PreisträgerInnen sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen. Die nächste Ausschreibung erfolgt im SS 2019.

Tabelle 3: PreisträgerInnen des Raiffeisen Wissenschaftspreises 2017

Raiffeisen Wissenschaftspreis 2017 PreisträgerInnen					
Fakultät	Kategorie	Akad.-Grad	Nachname	Vorname	Titel der Arbeit
SOWI	Dissertation	Mag. Dr.	Plöckinger	Martin	Impact of Chief Financial Officers' characteristics on financial accounting choice
SOWI	Wissenschaftliche Publikation in Journal	Assoz.-Univ.-Prof. Mag. Dr.	Dick	Markus (et al.)	The impact of finance and governance on the internationalisation modes of family firms
TN	Dissertation	Ph.D. M.Sc.	Muaaz	Muhammad	Implicit Biometric Authentication for Smartphones
RE	Diplomarbeit	Mag.iur.	Denk	Jasmin Julia	Das österreichische Investmentfondsrecht im Lichte des Europarechts - eine aktuelle Befundaufnahme
RE	Habilitation	Assoz.Prof. Dr. LL.M. MBA	Bergmann	Sebastian	Genussrechte

7.2 Karl Leitl-Partnerschaftspreis

<http://www.karl-leitl-partnerschaftspreis.at/>



Das *Institut für partnerschaftliche Betriebsverfassung* an der Johannes Kepler Universität Linz schreibt den Karl Leitl-Partnerschaftspreis in 2-jährigen Abständen aus (wissenschaftliche Leitung: em.o.Univ. Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Friedrich Schneider). Die Administration der Ausschreibung läuft über das Forschungsinstitut für Bankwesen.

Mit dem Preis wird die *Partnerschaftsidee in der Arbeitswelt* von wissenschaftlicher Seite her unterstützt. Der Preis wird für wissenschaftliche Arbeiten vergeben, die sich schwerpunktmäßig mit betrieblichen Partnerschaftsmodellen (z.B. Mitarbeiterbeteiligungsmodelle, moderne Unternehmensformen, Fragen der Verteilungsgerechtigkeit, CSR, etc.) im weitesten Sinn befassen. Der Karl Leitl-Partnerschaftspreis richtet sich an Studierende und an wissenschaftliche MitarbeiterInnen der Johannes Kepler Universität und der Fachhochschulen in OÖ.

Als Preisgeld für den Wissenschaftspreis werden 3.000 EUR für wissenschaftliche Arbeiten (wiss. Publikationen, Habilitationen), 2.000 EUR für Dissertationen/PhD-Arbeiten, 1.000 EUR für Diplom-/Masterarbeiten und 500 EUR für Bachelorarbeiten vergeben.

Die neue Ausschreibung läuft bis Ende Juni 2018. Im Anschluss werden die eingereichten Arbeiten von der facheinschlägigen Jury begutachtet. Die Preisverleihung wird im Februar 2019 stattfinden.

Tabelle 4: PreisträgerInnen des Karl Leitl Partnerschaftspreises 2016

Fakultät / Kategorie	Name	Titel der Arbeit
SoWi Dissertation	Dr. Albert Anton Traxler	Nachhaltigkeitsberichterstattung nach den Leitlinien der Global Reporting Initiative - Eine empirische Analyse der DACH-Region
SOWI Wiss. Publikation	ao. Univ.-Prof. Dr. Iris C. Fischlmayr und Katharina M. Puchmüller, MSc.	Married, mom and manager – how can this be combined with an international career?
SoWi Diplomarbeit	Mag. Sarah Hubweber	Corporate Social Responsibility in Time of Crisis - An investigation into the effects of the global financial and economic crisis on commitment to CSR
Re Diplomarbeit	Mag. Thomas Mathy	Haftung des Betriebsratsmitgliedes? Folgen pflichtwidriger Ausübung der Interessenvertretungstätigkeit

8 Universitätslehrgänge am Forschungsinstitut für Bankwesen

8.1 Kurzinformation: Universitätslehrgang „Aufbaustudium Finanzmanagement“



<http://www.finanzmanagement-linz.at/>

Professionelles, modernes Finanzmanagement ist ein Schlüsselfaktor im Unternehmen. Zukunftsorientiertes und systematisch organisiertes

Finanzmanagement leistet einen entscheidenden Beitrag zum Unternehmenserfolg. Entwicklung von finanzwirtschaftlichen Strategien, der Einsatz von innovativen Finanzierungsinstrumenten, der Umgang mit Risiken aus Zins- und Währungsschwankungen, Beherrschung des relevanten Rechtsrahmens, aber auch Fragen des Aktien- und Anleihenmanagements und des Bankwesens sind nur einige der Themen, die im Lehrgang praxisnah behandelt werden. Ebenso wird das Wissen durch Auseinandersetzungen mit dem Versicherungswesen, NPOs und der staatlichen Finanzierung mit internationaler Ausrichtung abgerundet.

Ziel des Universitätslehrgangs für Finanzmanagement ist die Vermittlung sowohl von theoretisch fundiertem als auch praktisch hochrelevantem Wissen. Die AbsolventInnen sollen nach Besuch und erfolgreicher Absolvierung des Lehrganges in der Lage sein, in ihren Unternehmen oder auch im Bankbereich effizient und klar Entscheidungen im Finanzmanagement vorzubereiten oder zu treffen.

- Veranstalter:** Forschungsinstitut für Bankwesen, Johannes Kepler Universität Linz, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
- AdressatInnen:**
- AbsolventInnen von Universitäten und Hochschulen
 - Leitende MitarbeiterInnen in mittelständischen - Unternehmen, Banken, Versicherungen und im öffentlichen Bereich
 - Einschlägig selbstständig Tätige
- Zielsetzung:** Modernes und professionelles Finanzmanagement ist ein Schlüsselfaktor im Unternehmen! Zukunftsorientiertes und systematisch organisiertes Finanzmanagement leistet einen entscheidenden Beitrag zum Unternehmenserfolg. Nach Absolvierung des Programms, sollten die TeilnehmerInnen in der Lage sein, auf aktuellem Stand der Wissenschaft und Praxis alle Fragen des Finanzmanagements lösen zu können.
- Inhalte:**
- Grundlagen der Volkswirtschafts- und Betriebswirtschaftslehre
 - Betriebliches Rechnungswesen
 - Gesellschafts- und Insolvenzrecht
 - Operatives Finanzmanagement
 - Strategisches Finanzmanagement
 - Börsenwesen
 - Wertpapiermanagement
 - Bank- und Versicherungswesen
- Dauer/Umfang:** 4 Semester, 14-tägig, in Blockveranstaltungen (DO abends, FR und SA ganztags)
- Abschluss:** „Master of Business Administration“ (MBA)

8.2 Kurzinformation Universitätslehrgang „real estate finance“

<http://www.ref-linz.at/>



Zunehmende Globalisierung und damit wachsende Vermögen erhöhen die wirtschaftliche Bedeutung des Immobiliensektors (Real Estate) einer Volkswirtschaft; der laufende Aufholprozess der österreichischen Immobilien-Märkte zum westeuropäischen Niveau ist für diesen Prozess beispielhaft. Während die realwirtschaftlichen Komponenten der Immobilienwirtschaft in Österreich durch entsprechende Fachausbildungsangebote hinreichend abgedeckt sind, fehlen überwiegend höherwertige (universitäre) Professionalisierungsangebote zum bedeutenden Gebiet der Immobilienfinanzierung (Real Estate Finance). Durch eine Verbesserung der Kompetenz der Führungskräfte in entscheidenden Fragen des Managements der Immobilienfinanzierung kann die Wettbewerbsposition der im Real Estate-Sektor aktiven Unternehmen aktiv gestärkt werden.

Veranstalter: Forschungsinstitut für Bankwesen, Johannes Kepler Universität Linz, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

AdressatInnen:

- Absolventinnen und Absolventen von Universitäten und Fachhochschulen
- Leitende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Immobilienwirtschaft und in relevanten Abteilungen von Banken, in Versicherungen, in Industrie- und Handelsunternehmen sowie im öffentlichen Bereich Tätigen
- Einschlägig selbstständig Tätige (z.B. Immobilienmakler, Sachverständige)

- Zielsetzungen:**
- Das Ausbildungsprogramm Real Estate Finance vermittelt den Führungskräften in der Immobilienwirtschaft und in immobilienaffinen Abteilungen von Banken, Versicherungen, Industrie- und Handelsunternehmen und in Gebietskörperschaften wissenschaftlich fundierte Kenntnisse und Fähigkeiten zur erfolgreichen Behandlung der komplexen Finanzfragen, die sich im Kontext des Immobilienmanagements stellen.

 - Konkret werden auf Basis eines Grundwissens der Volks- und Betriebswirtschaftslehre, der betrieblichen Finanzwirtschaft und Finanzmathematik sowie relevanten Rechtsbereichen (Gesellschafts- und Steuerrecht, Immobilienrecht) die Grundzüge des Treuhandwesens, Facilitymanagements und der Immobilienbewertung behandelt. Daran schließt eine vertiefte Bearbeitung von Themen der Immobilienfinanzierung (Hypothekarkredite, Pfandbriefanleihen, Immobilien AG, Immobilienleasing u.a.) sowie der Finanzprobleme an, die im Zuge von Immobilien-Projektentwicklungen schlagend werden können.
- Inhalte:**
- Einführung in die Wirtschafts- und Rechtswissenschaften
 - Grundlagen des Immobilienrechts und der Immobilienwirtschaft
 - Immobilienbewertung und –finanzierung
 - Real Estate Project Development
- Dauer/Umfang:** 4 Semester, 14-tägig, in Blockveranstaltungen (DO abends, FR und SA ganztags)
- Abschluss:** "Master of Business Administration" (MBA)

8.3 AbsolventInnen der Universitätslehrgänge

Tabelle 5 zeigt die Zahl der AbsolventInnen der Universitätslehrgänge für Finanzmanagement seit der Einführung der Universitätslehrgänge. Der Universitätslehrgang „real estate finance“ startete erstmals im WS 2015/16.

Tabelle 5: AbsolventInnen der Universitätslehrgänge für Finanzmanagement und real estate finance

Jahrgänge	AbsolventInnen
2001	FM-LG I: 55 AbsolventInnen
2002	FM-LG II:38 AbsolventInnen
2003	FM-LG III:46 AbsolventInnen
2004	FM-LG IV:45 AbsolventInnen
2005	FM-LG V:47 AbsolventInnen
2006	FM-LG VI:54 AbsolventInnen
2007	FM-LG VII: 56 AbsolventInnen
2008	FM-LG VIII:38 und FM-LG IX: 18 AbsolventInnen
2009	FM-LG X: 17 AbsolventInnen
2010	FM-LG XI: 28 AbsolventInnen
2011	FM-LG XII: 15 AbsolventInnen
2012	FM-LG XIII: 20 AbsolventInnen
2013	FM-LG XIV: 12 AbsolventInnen
2014	FM-LG XV: 10 AbsolventInnen
2015	FM-LG XVI: 17 AbsolventInnen
2016	FM-LG XVII: 12 AbsolventInnen
2017	FM-LG XVIII: 9 AbsolventInnen ref-LG I: 13 AbsolventInnen

9 Auftraggeber

Das Forschungsinstitut für Bankwesen ist als sog. Drittmittelinstitut konzipiert und wird durch externe Gelder finanziert. Die Forschungsaktivitäten wurden bzw. werden im Auftrag von folgenden Institutionen bzw. Unternehmen durchgeführt (Aufträge von Privatpersonen werden nicht angeführt). Für den Bürobetrieb wird eine Pauschale von der Bank Austria / Unicredit und der Raiffeisenlandesbank OÖ geleistet.

Arbeiterkammer OÖ (AK OÖ)
Ärztelkammer OÖ (Zeitschrift für Gesundheitspolitik)
ARC GmbH
ASB Schuldnerberatung GmbH
Bank Austria UniCredit
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
Energie AG
Energieinstitut an der Johannes Kepler Universität
Kaufmännischer Verein in Linz
Industriellenvereinigung (IV)
Institut Wirtschaftsstandort Oberösterreich (IWS)
Land Oberösterreich
Musiktheater Linz
Oberbank
Raiffeisenlandesbank Oberösterreich (RLB OÖ)
Smartstream, Wien
Sparkasse OÖ
Spielbank Baden AG
Therme Meran
VA-Technologie AG (jetzt Siemens Österreich)
Verband der Elektrizitätsunternehmen Österreichs (VEÖ)
Wagner Jauregg Krankenhaus
Wirtschaftsförderungsinstitut Wien
Wirtschaftskammer Oberösterreich (WK OÖ)
Wirtschaftskammer Kärnten (WK K)
Wirtschaftskammer Österreich (WKO)